Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juli/August 2020 *70. Jahrgang, Nr. 813/814*

In Tradition und Wahrhaftigkeit den 30. Jahrestag würdigen

VOS-Landegruppen laden alle zur gemeinsamen Feier ans Deutsche Eck nach Koblenz ein

Was sich viele Kameradinnen und Kameraden lange erhofft haben, soll nun wahr werden: Ein Opfertreffen im großen Rahmen, das anlässlich des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung stattfinden soll.

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden der VOS und der Mitgliedsverbände der UOKG,

die Landesgruppen Hessen / Rheinland-Pfalz und Nordrhein- Westfalen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus laden alle im Bundesgebiet lebenden Mitglieder der VOS und der Verbände der UOKG sowie deren Angehörige und Freunde am 14. November 2020, 11:55 Uhr (Beginn) zu einer Gedenkveranstaltung ans *Deutsche Eck* nach Koblenz am Zusammenfluss von Rhein und Mosel ein, um gemeinsam den Fall der Berliner Mauer und das damit verbundene Ende der „DDR“ mit ihrer brutalen und dennoch erbärmlichen SED-Diktatur zu begehen.

Dabei möchten wir in angemessener Weise den Opfern und ihren Hinterbliebenen von 44 Jahren Stalinismus und Kommunismus in der SBZ/ DDR unsere besondere Würdigung und Hochachtung für ihren Mut und ihre Tapferkeit zum Ausdruck bringen.

Eine echte und von allen Parteien gemeinsam getragene Würdigung und Hochachtung in Form einer staatlichen Note vermissen wir seit 1989. Immer dreister und schamloser werden wir hingegen als SED-Opfer aus der Öffentlichkeit an den Rand der Gesellschaft gedrängt, immer häufiger werden wir ignoriert, und unser Kampf gegen die kommunistische Diktatur, welcher letzten Endes zum Zusammenbruch der „DDR“ führte, wird durch eine beispiellose Geschichtsverfälschung auf ein Minimum geschmälert oder ganz verschwiegen. Stattdessen müssen wir erleben, dass die etablierten, bürgerlichen Parteien seit Jahrzehnten tatenlos zusehen, wie die bundesdeutsche Gesellschaft unter den Einfluss radikaler, linker Kräfte gerät und immer mehr nach links abdriftet. Ungehindert macht sich die rote Ideologie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und in der bundesdeutschen Gesellschaft breit. Tagtäglich wird in den Medien, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen die „DDR“ mit verzerrenden Parolen wie „Es war doch alles gar nicht so schlimm … Vieles war ja auch besser und leichter als in der Bundesrepublik …“ weichgespült:

Fassungslos und entsetzt müssen wir den Irrsinn in diesem Land erleben, wo weiterhin zu Ehren von Marx und Lenin Denkmäler aufgestellt werden und eine Umstürzlerin wie Rosa Luxemburg ungeniert verehrt wird. Uns als Opfer fehlt dafür jedes Verständnis.

Wir dürfen uns auf keinen Fall in die Knie zwingen und uns unserer Ideale und unseres historischen Beitrags im Ringen um ein geeintes, demokratisches Deutschland berauben lassen, sondern wir müssen unsere Stimme erheben und lautstark jeder Falschdarstellung entgegentreten. Deshalb möchten wir alle Mitglieder der VOS und der UOKG bitten, am Samstag, 14. November 2020 um 11:55 Uhr ans Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck in Koblenz zu kommen, soweit es die persönlichen Möglichkeiten zulassen. Nur mit einer großen Teilnehmerzahl werden wir noch von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Alle Teilnehmer*innen, die mit dem Zug anreisen, können ab dem Bahnhof Koblenz per Busverbindung Linie Nummer 1 direkt bis zum Deutschen Eck gelangen.

Wir bitten alle Interessenten an dieser Veranstaltung, sich bis zum 14. September 2020 bei den Organisatoren der Landesverbände der VOS oder der Vertreterin der UOKG anzumelden oder sich vorab zu informieren.

Nach der Gedenkveranstaltung haben wir geplant, in der Nähe vom Deutschen Eck in einer Gaststätte gemeinsam zum Mittagessen einzukehren und in diesem Rahmen gemütlich zusammenzusitzen, wobei es auch einen lebhaften Erfahrungsaustausch über eine mögliche Zukunft der VOS und natürlich private Gespräche geben soll.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Im Auftrag der Vorstände
Gerd Franke (Rhl.-Pfalz)
Felix-Heinz Holtschke (NRW)

Hinweise:
Die Post-Adressen, Telefonnummern und Mail-Adressen der Organisatoren sind im Innenteil dieser Ausgabe (Seite 5, linke Spalte) deutlich sichtbar zu finden. Bei Bedarf kann man sich dort auch Informationen geben lassen.

Weitere Berichte auf Seite 4 dieser Ausgabe sowie in der nächsten Fg.

In dieser neuen Fg-Ausgabe spielt der Volksaufstand vom Juni 1953 nicht nur vom Platz her eine gewichtige Rolle. In vielen Städten und Kommunen ist es noch einmal gelungen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und auch hochrangige Politiker zur Teilnahme zu bewegen. Man sieht also, auch wenn die inzwischen immer mehr Zeit vergeht und die Zeitzeugen des Aufstands vielfach nicht mehr leben, kann man immer noch Interesse und Geschichtsbewusstsein wecken, und wir selbst können uns mit unseren persönlichen Biografien überzeugend in die Vermittlung von Geschichtswissen einbringen – so wie es unsere VOS-Mitglieder mit ihrer Teilnahme oder sogar Reden bei mehreren Veranstaltungen getan haben. Traditionsgemäß habe ich auch in dieser Ausgabe anlässlich des Volksaufstandes einen persönlichen Erlebnisbericht zum Thema aufgenommen, wobei es sich in diesem Fall um Stalins Tod handelt, der mit dem Aufstand im Zusammenhang steht. Der Bericht dürfte nicht nur für mich etwas Besonderes sein. In drei Jahren finden der Aufstand und Stalins Ende dann ihr *rundes* Datum – die Medien werden es ausschlachten. Ich gehe übrigens davon aus, dass wir bis dahin (2023) die Corona-Pandemie überwunden haben. Wann wir jedoch konkret in den früheren Alltag zurückkehren werden und ob alles noch einmal wird, wie es war, ist ungewiss. Bekanntlich hat die Pandemie auch auf unsere Zeitzeugen-Arbeit Einfluss. Und leider gibt es auch keine Prognose, wann wir in den Schulen wieder mit unseren Vorträgen auftreten können. Wird es fortan also wieder Präsenz- Auftritte geben, oder erscheinen wir per Bildschirm vor den Schulklassen? Natürlich ist uns allen die gewohnte Präsenz lieber. Hoffen wir also auf den helfenden Impfstoff und auf den Rückgang der Neu-Infizierten.

Wir haben in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern weitaus weniger Corona-Opfer zu beklagen. Dies ist aber kein Grund, die Pandemie nicht zu fürchten. Die bei uns geltenden Schutzmaßnahmen sind im Vergleich zu den anderen Ländern vermutlich die besten und umfassendsten. Allein die Vorsorge in den Krankenhäusern ist sehr gut und bis ins Detail durchdacht. Keine Besuche, ständig Tests und penible Hygienevorschriften sind zu beachten, und das Personal kann einem schon fast leidtun, weil es mit unzähligen Vorschriften arbeiten muss.

Auf ein Wort des Redakteurs

Auch an den Kassen der Supermärkte, hinter den Fleischtheken und vor allem in den Altenheimen haben es die Beschäftigen mit der Maskenpflicht und dem ständigen Desinfizieren nicht leicht. Letztlich bedeutet all dies jedoch, dass die Krankheitswelle eindämmbar ist, was uns, die wir zumeist zur Generation der Senior*innen gehören, am ehesten zugutekommt. Dass dennoch Menschen gegen die Schutzmaßnahmen protestiert haben, zeugt von wenig Verstand. Wer die Krankheit einmal hat, wird das bestätigen. Und irgendwo stellt sich die Frage, ob es nicht linke Gruppierungen sind, die den Ungehorsam und den sogenannten Widerstand anheizen und die nachts die Innenstädte zertrümmern und sich auf hilflose Polizisten stürzen, nur um weitere Unruhe zu stiften und die Gesellschaft permanent zu destabilisieren.

Leider lebt unser Verband weiterhin mit dem Nachteil der ausgefallenen Jubiläumsfeier zum 70-jährigen Bestehen, und (ebenfalls leider) konnten wir noch keinen neuen Bundesvorsitzenden wählen. Nun, die Geschäfte laufen dennoch weiter, und die Freiheitsglocke, wie man sieht, erscheint gleichfalls. Das bedeutet: wir leben, wir atmen, und wir positionieren uns zum politischen Geschehen. Wenn wir die Nachrichten einschalten, dann sehen wir, dieses Land ist trotz der Randale in Bewegung, die Demokratie lebt – auch von uns.

In der Freiheitsglocke versuche ich so gut es geht, auf aktuelle Themen einzugehen, und ebenso erhalte ich von den Kameradinnen und Kameraden Hinweise in Form von Links, Fotos und Berichten. Man kann nicht alles kommentieren und nicht alles abdrucken, weil der Platz nicht reicht. Wir haben, wie eingangs erwähnt, unsere persönlichen Anliegen und unsere Verbandstätigkeit, die an vorderster Stellen stehen. Das große Treffen am Deutschen Eck im November, für das sich allen voran unser Kamerad Gerd Franke stark macht, muss optimal gelingen, und dafür steht die Freiheitsglocke auch zur Verfügung. Vor dem November erscheint nochmals eine Ausgabe, in der wir weitere organisatorische Fragen abklären können. Es ist eine Chance, auf uns aufmerksam zu machen, indem wir zahlreich erscheinen und vielleicht hochrangige Politiker*innen einladen.

Kamerad Franke hat klugerweise einen Termin gewählt, der außerhalb der engen Jahrestage (Mauerfall, Einigungsfeier) liegt, so dass unsere Abgeordneten vielleicht schon wieder etwas „Luft“ haben.

Ein weiterer markanter Termin fällt auf das nächste Jahr: Es ist Bundestagswahl! Ja, man staunt, die Zeit ist schnell vergangen, und dieses eine nun folgende Jahr ist auch schneller vorbei als man denkt. Ich habe aus diesem Anlass ein Schreiben aktualisiert, das wir vor der Wahl in 2017 an die Kanzlerin als Wahlprüfstein gesandt hatten. Wer will, kann es ausfüllen und am besten an die Bundesgeschäftsstelle senden, damit wir einen möglichst dicken Umschlag im Kanzlerinnen-Büro abgeben können. Es ist aber auch möglich, eigene Schreiben zu formulieren. Wichtig ist, dass es an die richtige Stelle kommt. Aus meiner Sicht hat es freilich nur Sinn, die CDU anzuschreiben (und nicht einmal dort sind keineswegs alle Abgeordneten auf unserer Seite), denn von den anderen Parteien haben wir insofern nichts zu erwarten, als die einen nicht in die Regierung kommen und uns die anderen wie üblich auslachen. Beide Varianten muss ich nicht näher erklären. Absagen und Ablehnungen nehmen wir wie gewohnt in Kauf.

Und doch lassen wir uns nicht abwimmeln, wir bleiben dran.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: 30 Jahre Einheit. Werden wir noch einmal etwas Ganz Großes auf die Beine stellen? +++ Gedenken an den Volksaufstand

Titelseite
Ein Treffen in großem Stil
Landesverbände planen zum 30. Jahrestag der Einheit Treffen am Deutschen Eck

***Redaktionsthema*:**
Die VOS aktuell: keine Krise in der Krise 2

Die biologische Uhr ist noch nicht abgelaufen. Aber sie tickt lauter
Erläuterungen zum geplanten Treffen am Deutschen Eck im November 4

Bitte BEACHTEN! Die Anmelde-Adressen für für das Treffen am Deutschen Eck 5

Es ist einfach erschütternd
Über das unglaubliche Schicksal der Melanie 5

Mit 94 noch ein Buch vollendet
Nachruf auf Horst Hennig 5

Erinnerungen:
Als sogar die Männer weinten
Im März 1953 stirbt das Monster Stalin. Viele empfinden Genugtuung, anderen sind entsetzt und trauern. Der Terror geht weiter 6 – 7

Eine Stimme zwischen Zynismus und Humor
Nachruf auf einen RIAS-Moderator der besonderen Art 7

Die Zeit vergeht, das Wissen schwindet
Rückkehr an einen schlimmen Ort 8

Ab Geburtsjahr 1937 sind alle betroffen
Der Rentenbetrug bleibt eine Tatsache 8

Parteien: neue Töne, neue Wege.
Neue Bündnisse auch auf höherer Ebene?
Im Brandenburgischen Forst ereignete sich etwas bislang Unvorstellbares 9

Im Streben nach Profit ist manchen Leuten wirklich nichts unantastbar
Nun gibt es auch den Stasi-Transporter B1000, die „Black box“ im Spielzeugformat als Modell mit Sammlerwert 10 – 11

VOS-Wirken und ihre Mitglieder
Kurzmeldungen 11

Vieles, was sonst stattfänd, muss nun zurückstehen
Die Situation in Sachsen-Anhalt 12

Neues – Altes, Altes – Neues
Eine Richtigstellung zur vorigen Ausgabe 11

Das hätte auch ganz anders laufen können
Schon 1919 wurden im Coburger Land die Weichen für die Zugehörigkeit zum Land Bayern gestellt 13 – 14

Der 17. Juni 2020 – Gedenktag an vielen Schauplätzen und der Corona-Pandemie zum Trotz
In Düren (NRW), Berlin (Steinplatz), Freiberg, Darmstadt, Mainz, Koblenz (Deutsches Eck), Chemnitz 15 - 17

Der deutsche Müll – wer gehört dort realiter hin?
Über die zunehmende Dummheit und die Flegeleien in der Presse 17

Kleine Schritte wären für die Opfer besser als überhaupt keine
Die VOS bereitet sich mit einem Schreiben auf die nächste Bundestagswahl vor und bittet alle Mitglieder um Mithilfe 18 / 19

Zweitauflage erreicht, doch es bleibt ein Kampf wie in einem luftleeren Raum
Als Opfer der DDR-Psychiatrie ist man bis heute allen Gefahren ausgesetzt 19

Nach 30 Jahren in der Einheit schon ein Weltbild ohne die DDR?
Eine Studie der Stiftung lässt aufhorchen und ermuntert die Zeitzeugen zu mehr Aktivitäten 20

Meinungen, Knastlexikon, 6, 8
Notiertes 8, 14
Meldungen, Tagebuch 11, 12
Termine, Briefe, Infos 5, 6, 12, 15
Zitate 8, 12
Nachrufe, Verstorbene 4, 7, 19, 20
Impressum / Informationen / Dank 20

Danke den Spendern. Unser erstes Motto: Wir helfen uns und anderen. Unser zweites Motto: Nicht nachlassen und auch in schwierigen Zeiten spenden.

Günther Müller, Horst Radtke, Ilona Eser, Manfred Helbing, Gerhard Bohne, Reinhard Golde, Karl-Heinz Ulrich, Karl-Günter Wehling, Stefan Hensel, Friedrich-Wilhelm Sperling, Dr. Eberhard Kempf, Heinrich Werner, Gerold Müller, Manfred Stecher, Irma Sann, Werner Mieth, Herta Lahne, Axel Meier, Günter Jäger, Rudolf Novotny, Wolfgang Lehmann, Edith und Peter Hubrich, Peter Klaußner, Sigrid Besch, Christoph Melzer, Alfred Herfurth, Rudolf Jost, Gerd Ahnert, Ruth Eberle, Beate Rusch, Dr. Bernd Palm, Ingrid und Michael Faber, Sylvester Seraczek, Helge Olvermann, Werner Modrow, Bernd Schnabelrauch, Dieter Wendt, Friedrich Hübner

Besonders herzliche Grüße aus der Redaktion und der Bundesgeschäftsstelle sowie vom NRW-Zeitzeugen-Projekt ehemaliger politischer Häftlinge und Verfolgter gehen an Dr. Hans-Ulrich Klose, mit dem wir uns alle weiterhin eng verbunden fühlen. Lieber Herr Dr. Klose, wir danken Ihnen für Ihre langjährige Mitwirkung im Projekt und die Unterstützung.

Zu dieser Ausgabe:
Die Auswirkungen des Älterwerdens haben vor dem Redakteur nicht Halt gemacht; ein zweifacher Krankenhausaufenthalt hat die Arbeit an dieser Ausgabe der Fg nun doch beeinträchtigt. Danke aber schon mal für alle zwischenzeitlich eingegangenen Wünsche.

Ein neues Treffen, doch bitte jetzt mit sehr viel mehr Beteiligung!

Bereits vor neun Jahren trafen sich mehrere VOS-Abordnungen in Koblenz zum Gedenken

In Ergänzung zum Aufruf der Seite 1 dieser Ausgabe erinnern wir an das Treffen vom August 2011 am Deutschen Eck in Koblenz, über das damals ebenfalls ausführlich in der Freiheitsglocke berichtet wurde. Bitte beachten: Je mehr Teilnehmer kommen, umso größer wird im November die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sein.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus trafen sich bereits am 13. August 2011 mehrere Mitglieder VOS, um auf dem BUGA-Gelände in Koblenz an der vom VOS-Landesverband Nordrhein-Westfalen organisierten Gedenkfeier teilzunehmen. Wie seinerzeit in der Freiheitsglocke berichtet, wurde das Treffen ein äußerst beachtenswerter Erfolg, dessen Neuauflage für den November dieses Jahres vorgesehen ist.

Damals konnte wegen des günstig gelegenen Standorts ein großes Publikum erreicht werden. Die anwesenden VOSler führten mehr als 200 Einzelgesprächen zum Thema Menschenrechtsverletzungen in der DDR-Diktatur, Widerstand und Mauerfall. Dazu verteilten sie über 300 Flugblätter (der Inhalt ist hier in der rechten Spalte abgedruckt) sowie 300 Prospekte der Bundesstiftung Aufarbeitung, die zusätzliche Informationen vermittelten.

Warum soll es gerade dieser Ort als Treffpunkt sein?, wird mancher fragen. Die Antwort ist leicht gefunden: Es ist zum einen die Nähe des Deutschen Ecks, als wichtiger Platz in der Geschichte unseres Landes und unserer Nation, zum anderen befinden sich am Moselufer drei Segmente der Berliner Mauer, die zum Gedenken an die etwa 1.300 Opfer, die durch die deutsche Teilung einen sinnlosen Tode gestorben sind. Wer immer ein Bekenntnis zur Deutschen Wiedervereinigung ablegen will, der kann es hier tun, und er kann über die Geschichte unseres Landes, die von Unrecht und Verbrechen ebenso wie von guten Fügungen und Glücksmomenten gezeichnet ist, ablegen.

Die VOS-Landesverbände Rheinland-Pfalz und NRW laden die Mitglieder ein, 30 Jahre nach dem Ende der Teilung zusammenzukommen, um gemeinsam durch eine Vielzahl von Teilnehmern das Interesse von Politik und Medien, aber auch das der nachfolgenden Generationen als ein Ereignis zu schaffen, für das viele von uns schwere Opfer bringen mussten und das bis heute einen tiefen Einschnitt in die Geschichte ganz Europas darstellt.

Die Initiatoren der Veranstaltung haben sich große Mühe gegeben, um dies zu ermöglichen. Uns ist klar, dass es – aus Eigeninitiative – ein derartiges Treffen, das in seiner Art und Zielstellung an die früheren Deutschlandtreffen der VOS erinnert, vielleicht nicht mehr geben kann. Denn die biologische Uhr tickt für uns alle, aber sie ist noch nicht abgelaufen. *Tom Haltern*

ACHTUNG! ANMELDE-ADRESSEN FÜR DAS TREFFEN: NACHFOLGENDE SEITE 5 LINKS UNTEN

Bis hin zur Todesstrafe

Auszug aus dem Flugblatt

Bis zum endgültigen Zusammenbruch der SED-Diktatur im November 1989 wurden Millionen deutscher Familien aus Ost und West gewaltsam voneinander getrennt. Beim Versuch, in den freien Teil Deutschlands zu flüchten, verloren mindestens 1.150 namentlich bekannte Personen durch Schüsse, durch Minen und Selbstschussanlagen sowie beim Versuch die Ostsee zu durchschwimmen ihr Leben. Etwa 75.000 Personen wurden nach gescheiterten Fluchtversuchen durch DDR-Gerichte zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. An einer ganzen Reihe von Personen wurde die Todesstrafe vollstreckt.

Viel für die Aufarbeitung getan

Gedenken: Zum Tode von Horst Hennig

Am 21. Mai 2020 verstarb Horst Hennig in Köln, eine Woche vor seinem 94. Geburtstag. Die Lagergemeinschaft Workuta hat Horst Hennig viel zu verdanken, er war ihr Gedächtnis, und er hat durch seine Beiträge und Buchveröffentlichungen dazu beigetragen, die Verbrechen des Stalinismus / Kommunismus im allgemeinen und die Schicksale seiner Haftkameraden von Workuta konkret festzuhalten und zu dokumentieren.

Kurz vor seinem Tod hat er sein letztes großes Buchprojekt noch vollenden können. Gemeinsam mit Gerald Wiemers hat er das Buch über seinen Lagerkameraden aus dem 29. Schacht von Workuta, Sigurd Binski, unter dem Titel „Freiheit in Verantwortung“ herausgegeben. Horst Hennig wurde im Juni 2020 auf dem Friedhof in Klostermansfeld, in seiner alten Heimat, beigesetzt.

Ein ausführlicher Nachruf, verfasst von Gerald Wiemers, ist auf der Homepage workuta.de unter AKTUELLES mit Eintrag vom 28. Mai 2020 zu finden: http://www.workuta.de/aktuelles/index.html

Im stillen Gedenken
Stefan Krikowski, Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und Redakteur schließen sich den Beileidswünschen an. Das genannte Buch über Dr. Binski wird an anderer Stelle in dieser Ausgabe vorgestellt.

Anmelde-Adressen für das Treffen im November 2020 am Deutschen Eck und am Denkmal in Koblenz

Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz:
Gerd Franke, Max-Planck-Str. 51,
55 291 Saulheim, Tel: 06732-930309
Mail: franke_g.63@web.de

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen:
Felix Heinz Holtschke, Am Mühlenkamp 11, 40 489 Düsseldorf, Tel: 0211-40569146
Mail: felixhho@gmail.com

UOKG-Regionalleitung
Elke Schlegel, Pionierhöhe 74, 56075 Koblenz,
Tel: 0261-39072130
Mail: schlegel@uokg.de

Ein zerstörtes Leben, das um alle Illusionen beraubt wurde

15 Jahre, fünf Monate und elf Tage unschuldig in Haft – Erinnerung an Melanie Kollatzsch

Am 28. Mai des Jahres 2020 saß ich mit Hugo Diederich, dem Bundesgeschäftsführer der VOS, in Berlin zusammen und hörte durch ihn erstmalig etwas über das Leben von Melanie Kollatzsch. Sie wurde am 12. Juni 1927 in Zschipkau geboren, überlebte zwölf Jahre Nazi-Diktatur und war während der kommunistischen SBZ-, DDR-Diktatur über 15 Jahre in Haft. Sie verstarb mit 92 jährig am 26. Dezember 2019.

Kameradin Kollatzsch arbeitete nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bei den Alliierten in der britischen Besatzungszone. Im Mai 1947 besuchte sie ihre in der Altmark lebenden Eltern. Dort wurde sie von Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht festgenommen, in die Landeshauptstadt Halle/S. überführt und in das vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst betriebene vormalige Zuchthaus Roter Ochse verbracht und dort

Melanie Kollatzsch wurde mit dem Vorwurf des illegalen Grenzübertritts und der Spionage für die Westalliierten konfrontiert. Neun Monate später stand sie als Angeklagte vor einem Sowjetischen Militärtribunal. Sie wurde in einem Schnellverfahren verurteilt. Es folgten zunächst eine fast zwei jährige andauernde Inhaftierung im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen, und nach ihrer Übergabe an die DDR- Behörden schlossen sich weitere Haftstationen in Bautzen, Torgau, Waldheim und Halle/S. an. Erst im Oktober 1962 öffneten sich für Melanie Kollatzsch in Halberstadt die Gefängnistore.

In der DDR fiel es ihr schwer, Fuß zu fassen. Sie durfte über ihre lange Haftzeit und über die Gründe nicht reden. Umso wichtiger ist es heute, dass die Opfer der SBZ- und DDR-Diktatur ihr Schweigen brechen, um die Täter zu benennen und zu bestrafen.

Melanie Kollatzsch engagierte sie sich nach der Friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands vielfältig. Unzählige Male berichtete sie u. a. in der Gedenkstätte Moritzlatz Magdeburg vor Schulklassen über ihre infolge der willkürlichen Inhaftierung und Verurteilung verlorene Jugend, dabei stand sie den Schülern als Zeitzeugin Rede und Antwort.

Ihre Erinnerungen leben u. a. von der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg produzierten Film „Gesicht zur Wand“ fort, sowie in den Erinnerungen derer Menschen, die sie als Zeitzeugin erleben durften. Eine Heldin, derer wir im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vpm Juni 1953 gedenken.

André Rohloff (stvellvtr. Landesvorsitzender der VOS in Mecklenburg-Vorpommern)

Anm. d. Red.: Über das Schicksal unserer kürzlich verstorbenen Kameradin Kollatzsch wurde in der Fg oft berichtet. Ebenso dürfte bekannt sein, dass Melanie Kollatzsch nach dem Mauerfall in unserem Verband endlich eine Heimat gefunden hat. Die VOS wurde für sie zu einer großartigen Familie.

Melanie Kollatzschs Lebensgeschichte ist auch in der Zeitzeugen-Bibliothek von WDR 5 abrufbar.

Der Tod des Diktators und ein kurzes Aufflackern der Hoffnung

Vor 67 Jahren hauchte der „große Stalin“ sein Leben aus. Die Reaktionen waren verschieden

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ist für uns VOSler ein Datum, das unvergessen bleibt. Die meisten Mitglieder waren damals schon am Leben, wiewohl die Erinnerungen oft nur diffus sind. Trotzdem wahren wir in der Fg die wichtige Tradition, gerade zu diesem geschichtlich bedeutenden Datum Zeitzeugen-Berichte zu veröffentlichen, und wir werden gerade bei dieser Gelegenheit nachdrücklich appellieren, diesen Tag wieder zum Feiertag zu erheben, so wie dies bis in die 1990er Jahre galt.

Man stelle sich vor, der Aufstand wäre damals nicht niedergeschlagen und das eigentliche Ziel, freie Wahlen und damit die Wiedervereinigung Deutschlands, wäre erreicht worden. Vieles hätte sich anders, nämlich demokratisch entwickelt.

Nicht übersehen werden darf natürlich der Herbst 1989, in dem ebenso wie im Juni 1953 die großen Demos stattfanden. Auch diese hatten friedlichen Charakter, und doch wäre es denkbar gewesen, dass genau wie 35 Jahre zuvor die Panzer der Sowjets gerollt wären. Ob wir dann heute ein geeintes Vaterland hätten, muss angezweifelt werden.

Lesen Sie nachstehend den Bericht unseres Kameraden Siegmar Faust, der sich, damals gerade achtjährig, an manche Details erinnern kann.

Als Vatl mit seiner Kaufmannslehre fertig war, wurde er sofort eingezogen und war mit seinen 19 Jahren einer der Jüngsten in seiner ihm zugeteilten Landser-Kompanie. Er kam in russische Gefangenschaft, überlebte und kam auch mit leichten Verletzungen an der Schulter bald wieder frei. Belastet als Nazi konnte er keinesfalls sein, denn er arbeitete, ohne einer Partei anzugehören, bald im Finanzamt des Bezirkes Dresden, was im Westen einer mittleren Beamtenlaufbahn entsprochen hätte. Doch in der DDR gab es keine Beamte, nur Angestellte.

Im Jahr 1953 geschah jedoch zweimal etwas Eigenartiges. Im März 1953 war ich noch acht Jahre alt. Ich war öfters bei meinem Haus-Freund Hagen Milde zum Spielen. Er war zwei Jahre jünger als ich und wohnte mit seinen Eltern und zwei jüngeren Brüdern eine Etage unter uns. Es muss ein Sonntag gewesen sein, denn Hagens Vater, der Steinmetz Manfred Milde, war ebenfalls zu Hause.

17. Juni 1953

Dann klingelte es und unser Nachbar Walter Brendel, der Kino-Direktor, mit dem mein Vatl Skat und Doppelkopf spielte, kam herein und fiel dem muskulösen Manfred um den Hals: „Weißt du schon? ... Stalin ...“ Er schluchzte: „Väterchen Stalin ... tot.“ Beiden Männern flossen die Tränen. Sie konnten es nicht fassen. Ihr Gott Stalin hatte das Zeitliche gesegnet.

Wir Jungen standen fassungslos daneben. Noch nie hatten wir Männer weinen gesehen. Beide waren die einzigen SED-Genossen im Haus. Ihr Gott war nun also gestorben, einfach so, ohne irgendein warnendes Symptom. Väterchen Stalin, der selbsternannte Generalissimo, der *große Freund des deutschen Volkes*, der *weise Führer aller Völker*, der *größte Mensch unserer Epoche*, wie der damalige Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Stalinist Walter Ulbricht (1893 – 1973) meinte. Doch für den Staatsdichter Johannes R. Becher (1891 – 1958) war Stalin (1878 – 1953) gar der „Ewig-Lebende“. Der kurz darauf zum ersten Kulturminister der DDR aufgestiegene Texter der DDR-Nationalhymne prahlte nun in großer Geste:

Den Namen Stalins trägt die neue Zeit. / Lenin – Stalin sind Glücksunendlichkeit. / Begleitet Stalin vor die rote Mauer! / Erhebt euch in der Größe eurer Trauer! / Seht! Über Stalins Grab die Taube kreist. / Denn Stalin: Freiheit – Stalin: Frieden heißt! / Und aller Ruhm der Welt wird Stalin heißen! / Lasst uns den Ewig-Lebenden lobpreisen!
(Aus: „Neues Deutschland“, 7. März 1953, S. 3)

Der Dichter Johannes Bobrowski (1917 – 1965), den ich erst viel später mit seiner hintergründigen und auch humorvollen Weise wahrnahm, als er sowohl im Westen wie im Osten schon bekannt war, schrieb über Becher: *Dies ist der größte Dichter, so redet und schreibt man. Ich stimme immer damit überein, er ist der größte, gewiss; nämlich der größte tote Dichter bei Lebzeiten, einer den niemand hörte und las –, aber er lebte und schrieb.*

Selbst dieser Stalinist Becher hatte eine Wandlung durchgemacht, die für DDR-Bewohner jedoch erst 1988 ersichtlich wurde, nachdem in einer Ergänzung zu seiner Schrift „Das poetische Prinzip“ herauskam, dass er den Sozialismus als „Grundirrtum“ seines Lebens erkannt hatte.

Nachdem er im Oktober 1958 gestorben war, erklärte ihn Diktator Walter Ulbricht zum „größten deutschen Dichter der neuesten Zeit“. Bechers letzter Wille in seinem Testament, man „möge die Öffentlichkeit nicht mit Gedenkfeiern langweilen“ und von offiziellen Ehrungen und „Schaftelhubereien“ Abstand nehmen, wurde mit einem der opulentesten Staatsbegräbnisse der DDR beantwortet. Dass ich 1967/68 am Institut für Literatur „Johannes R. Becher“, das 1955 in Leipzig nach dem Vorbild des Moskauer Gorki-Instituts gegründet worden war und ein Jahr nach Bechers Tod nach ihm benannt wurde, selber schon gegen meinen eigenen Willen meine innere politische Wandlung einleiten konnte, kann nur ein Zufall sein – oder?

Als ich dann später aus der Wohnung von Mildens zu meinen Eltern hoch lief, erlebte ich das Kontrastprogramm. Sie waren erstaunlich gut gelaunt. Freuten sie sich etwa, dass Stalin, dessen Porträt auch in unserem Klassenzimmer hing, so unerwartet gestorben war?

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

„Gott sei Dank!“ entfuhr es meiner Mutter, als ich Stalin erwähnte. Vatl guckte sie streng an. Sie schaltete einen Westsender an, der keine Trauermusik, sondern lockere Tanzmusik brachte. Sie konnten sich wegen mir nur verhalten über den Tod des „Ewig-Lebenden“ freuen. Ich sollte es nicht mitbekommen, damit ich sie nicht in der Schule verraten in meiner grenzenlosen Naivität könnte, denn das konnte noch immer heißen: „Ab nach Sibirien!“ Die brisanten Schlüsselworte meiner Kindheit hießen demzufolge: „Abgeholt“ und „Abgehauen“.

Am 17. Juni desselben Jahres stromerte ich wieder mit Schulfreunden wie Gotti, Mischa, Stoppi oder Hartmut an der Elbe herum, zumeist dort, wo die Müglitz, von uns Mingatsch genannt, in die Elbe mündete. Als ich zurückkam, meistens mit schlechtem Gewissen, weil es schon später als erlaubt war, standen vor dem Rathaus ungewöhnlich viele Einwohner und hörten aufgeregt aufgeregten Rednern zu. Ich drängte mich durch die Massen auf dem Rathausvorplatz, dann noch 150 Meter durch die Bahnhofstraße. Ich hastete die Treppen hoch, Muttl öffnete die Tür, Vatl drehte schnell das Radio aus. Sie sahen zwar äußerst besorgt aus, aber beachteten mich kaum. Sie schimpften gar nicht, obwohl ich doch fast eine Stunde zu spät zu Hause angekommen war.

Haben sie wieder RIAS gehört? Das war der Sender im amerikanischen Sektor, wie ich später erfuhr, da uns in der Schule beigebracht wurde, dass dieser böse Rundfunksender ein Hetzsender der amerikanischen Imperialisten war.

Am nächsten Tag, ein Donnerstag, hingen überall in Heidenau Plakate herum mit der Überschrift „Befehl!“. Darauf wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht der Ausnahmezustand verhängt. Es war verboten nach 18 Uhr die Häuser zu verlassen. Am Tag durften nicht mehr als drei Personen in Gruppen auf den Straßen anzutreffen sein. Wir standen zu viert vor dem Plakat, als wir Vatl gegen 17 Uhr vom Bahnhof abgeholt hatten. Dort sah ich zwei sowjetische Panzer, es waren überhaupt die ersten Panzer in meinem Leben. Ich konnte mit meinen achteinhalb Jahren bereits bis vier zählen und guckte Vatl besorgt an. Er nahm Gabi auf den Arm und sagte: „Ihr seid ja noch keine Personen.“ Ich wollte protestieren, aber mehr interessierten mich die Panzer. Doch Muttl zog mich am Arm nach Hause. Ein Arbeitskollege meines Vaters, der auch in Heidenau wohnte und ebenfalls zwei Kinder hatte, wurde wegen aktiver Teilnahme an den Protesten am 17. Juni 1953 nach Sibirien verschleppt und tauchte nie wieder auf. Mit Joachim, dem größeren der beiden Söhne, war ich einige Male zusammen im Kinderferienlager.

Siegmar Faust

Das Sonderpostzeichen (Foto) zum Gedenken an den Volksaufstand von 1953 wurde zur 50-jährigen Wiederkehr des Datums auf Betreiben der VOS 2003 herausgegeben. Die Marke war innerhalb weniger Tage vergriffen. Es gab keine Nachauflage.

Ein Lord ein Wort. Eine Unze RIAS extra Kuntze

Die 1960er Fans trauern um den großartigen Lord Knud

Wer in Berlin oder Umgebung, auch in Sachsen oder dem Vogtland wohnte, für den war seit Ende der 1960er Jahre der Rundfunkmoderator Knud Kuntze eine feste Größe. Das ehemalige Band-Mitglied der erfolgreichsten deutschen Beat-Band The Lords moderierte, nachdem er bei einem Busunfall durch Amputation einen Fuß verloren hatte und nicht mehr in die Beat-Gruppe zurückkehren durfte, beim RIAS die Musiksendungen „Schlager der Woche“ und „Evergreens á gogo“. In beiden Sendungen war es weniger die großartige Auswahl der jeweiligen Musikstücke als vielmehr die Art und Weise ihrer Darbietung bzw. der Qualität ihrer Ansagen. Politischer Witz, lokale Satire und sympathische Selbstironie waren die Markenzeichen, mit denen Lord Knud, so nannte sich der Sohn eines renommierten Berliner Schuhhausbesitzers, vom ersten Tag seines Wirkens. Fast zwei Jahrzehnte konnte man ihn dreimal pro Woche hören, und dabei war er sich nicht zu schade, auch die Hits seiner einstigen Gruppe The Lords, mit denen er zunächst gar nicht im Reinen war, zu spielen. Montags um 20 Uhr die „Schlager der Woche“ auf RIAS I und freitags die Wiederholung auf RIAS II, dann am Samstagmorgen die Evergreens, die Der Lord zuweilen noch unter Einwirkung einer gerade durchzechten Nacht moderierte.

Die Menschen in der DDR mochten diesen Lord mindestens so wie Hans Rosenthal oder John Hendrik, er war ein Symbol der Freiheit und des freien Wortes, zumal er die DDR, die er privat öfter besuchte, immer mit aufs Korn nahm.

Knud Kuntze starb Anfang Juni, er war 76 und, nicht zuletzt wegen einer nicht immer seriösen Lebensweise, schon länger krank. Er war 1944 im Warthe-Gau geboren, da seine Mutter wegen der Bombardierungen aufs Land verschickt wurde. Dennoch wurde er ein echtes Berliner Original und wird den wahren Sechzigern eine wunderbare Erinnerung bleiben. *ARK*

Als Zeitzeuge auch im Alltag aktiv sein

Was für viele vergessen und fast unvorstellbar ist

Ich war dieser Tage als „Angeklagter“ (heutiger Sprachgebrauch: Beklagte) beim Landgericht in der Littenstraße in Berlin Mitte. Ich hatte einer Mieterhöhung, die einen Tag nach der Mietpreisbremse kam, nur mit einer Bemerkung zugestimmt. Als man behauptete, die Zustimmung nicht bekommen zu haben, sandte ich die Kopie dorthin. Im Januar bekam ich dann vom Amtsgericht Mitte eine Klage. Ein Ergebnis gibt es noch nicht, ich denke aber, dass die Richterin meiner Ansicht folgt.
Inzwischen bestätigte mir die Hausverwaltung, dass die alte Miete gilt.

Als die Argumente in dieser Sache ausgetauscht waren, fragte ich die vorsitzende Richterin, ob ich noch eine private Äußerung tätigen darf. Nachdem sie es bejaht hatte, erzählte ich kurz, dass ich mit einem mulmigen Gefühl zum heutigen Termin kam, da ich in diesem Haus im Jahr 1986 schon einmal Angeklagter war und mit Handschellen und Knebelkette vorgeführt wurde, mit dem Ergebnis von 15 Monate Haft. Von der Bundesrepublik wurde ich während der Haft nach 11 Monaten freigekauft und rehabilitiert. Auf **Nachfrage** erklärte ich zu guter Letzt der Richterin, was Rehabilitierung im Zusammenhang mit einer politischen Verurteilung bedeutet.

Man sieht, wie schnell die Zeit über geschichtliches Unrecht hinweggegangen ist, so dass nicht einmal hoch qualifizierte Juristinnen im Detail Bescheid wissen, was über Jahrzehnte ein Unglück für die Menschheit gewesen ist.

Gewundert habe ich mich nicht, schließlich bin ich im rot regierten Berlin. Die SED/Die Linke lässt grüßen.

Hugo Diederich

Das Zitat:

Sämtliche Linksparteien beruhen auf einem Schwindel, weil ihre Tätigkeit darin besteht, gegen etwas zu kämpfen, was sie in Wahrheit gar nicht zerstören wollen.

George Orwell, Autor von „1984“
Quelle: Internet

Wir waren niemals Beitrittsbürger

Die Fremdrentenprotestler sehen sich dem Vermächtnis des verstorbenen Kameraden Wolfgang Mayer verpflichtet

Viele gute Kameraden haben uns schon für immer verlassen. Dabei denke ich an unseren unvergessenen Wolfgang Mayer, den wir wenige Kameraden am 14. Oktober 2017 in Greiz zu Grabe trugen. Die Fotos davon habe ich gut aufbewahrt. Seitdem ist auch keiner mehr bereit, solche machtvollen Demos wie einst in Berlin anzukurbeln.

Das ist bedauerlich, denn es wäre neben weiteren Aktionen auch dringend erforderlich, dass unser Verein IEDF die Anschriften der von der Rentenversicherung gemeldeten etwa 300.000 betrogenen Rentner (Übersiedler) ermittelt. Man müsste entweder die Rentenversicherungen auf Herausgabe der Anschriften verklagen oder Hinweise in großen Tageszeitungen veröffentlichen dürfen.

Viele betrogene DDR- Widerständler wissen es noch gar nicht, dass sie ohne Gesetz und ohne Parlament im Rentenrecht die FRG-Rente zu 100 % verloren haben und flugs wieder DDR- Beitrittsbürger (SVA) wurden ...

Ab Geburtsjahr 1937 sind alle betroffen! Wer vorher geboren wurde, bekommt die von der damaligen Regierung zugesagte FRG-Rente zu 100%. So steht es in der Broschüre, die wir nach der Ankunft in Gießen erhalten haben.

Irgendwer, keiner will es gewesen sein, hat dies 1992 verübt ...

Wir waren mit Identitätsausweis oder dem Haft-Entlassungsschein in Gießen angekommen. Die Staatsbürgerschaft der DDR hatten wir gebührenpflichtig abgelegt und damit keinerlei Ansprüche mehr an die DDR-Organe und die SVA-Rentenversicherung mehr eingeräumt.

In Gießen wurden wir amtlich und diskussionslos als deutsche Staatsbürger eingegliedert. Das garantierte uns das Grundgesetz aus frühester Zeit. Wir waren nie Beitrittsbürger. Somit wurden wir Querdenker und Klassenfeinde nachträglich von übernommenen Altkadern bestraft.

Dagegen gilt es auch weiterhin unverdrossen anzugehen. Es ist letztlich ein Vermächtnis von unserem verstorbenen Kameraden Wolfgang Mayer.

Die Politiker Blüm und Schreiner hatten uns schriftlich bestätigt, dass diese Verfahrensweise ein grobes Unrecht und eigentlich unfassbar ist. Sogar die LINKE als SED-Nachfolgerin machte auf diesen Rentenbetrug aufmerksam. Doch wir geben nicht auf.

Fritz Schaarschmidt
Unverdrossener VOSler

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir einige Ausdrücke/Begriffe erklären, die (nicht) nur in der (DDR-) Haft geläufig waren und die man keineswegs vergessen sollte.

Heute:Ein BeVauer

Die Bezeichnung BeVauer, die inzwischen wohl Geschichte ist, leitet sich aus den Initialen B und V ab und steht als Abkürzung für die illustre Bezeichnung Berufsverbrecher. Sie war vorwiegend im damaligen Zuchthaus Brandenburg gebräuchlich, wo neben jenen Insassen, die wegen Mordes verurteilt waren, andere kriminell tätige Mitbürger regelmäßig einfuhren und nach einer Strafe von zwei bis sechs Jahren denselben zu verlassen, um einige Wochen oder Monate später wieder „einzufahren“. Diese Spezies Mitbürger hatte demzufolge kaum eine andere Perspektive als die des „Haft- Abonnements“.

Geprägt und benutzt wurde der Ausdruck allerdings bereits in der NS-Diktatur, wo es diese Sorte der Kriminellen ebenfalls schon gab. Nachzulesen übrigens in den autobiografischen Aufzeichnungen von Rudolf Höss (Lagerkommandant in Auschwitz). *T. H.*

Anm. d. Red: Dieses Knastlexikon ist im Entstehen. Wer als einstiger Beobachter der Knast-Szene einen Begriff beisteuern will, darf ihn gern senden.

Zwischen Häme und Peinlichkeit: Linke bricht mit ihren Grundsätzen

In Forst an der deutsch-polnischen Grenze arbeiten Linke und AfD harmonisch zusammen

Kennen Sie Forst, diese kleine, eher unauffällige Stadt an der Grenze zu Polen? Einstmals war sie die Endstation einer einspurigen, nur unzureichend ausgebauten Autobahn und bis zur Verhängung des Sonderrechts im (unfreiwillig so genannten) Bruderland der Übergang von einem Staat in den anderen.

Forst ist inzwischen die Hauptstadt des Spree-Neiße-Kreises, es liegt im Bundesland Brandenburg und blühte wie viele andere vormals dem Verfall anheimfallende Kleinstädte durch die Wiedervereinigung sichtlich auf. Nun bescherte die Grenzstadt den Deutschen im Frühjahr dieses Jahres auf unerwartete Weise ein erstaunliches politisches Novum. Denn was sich dort ereignete, haben weder die Medien noch die Politiker*innen und auch nicht die kühnsten Politik- Spekulanten für möglich gehalten. Es war bzw. ist dies: In Forst gaben sich im Mai – nicht nur bildlich gesprochen – die ideologischen und politischen Erzfeinde Linke und AfD erstmals in einer kommunalen Aktion die Hand, um gemeinsam etwas für die Bürger*innen der Stadt auf den Weg zu bringen, das sowohl perspektivisch wie auch wirtschaftlich Sinn machen würde.

Gegenstand der Zusammenarbeit ist die geplante Realisierung eines Objekts, das für die Freizeitgestaltung der Jugendlichen genutzt werden soll. Ursprünglich stand der Umbau eines FDJ-Gebäudes aus DDR-Zeiten zur Debatte. Dieses sollte modernisiert und erweitert werden. Hierzu gab es jedoch bereits seit Längerem unterschiedliche Standpunkte, da sich der Umbau weitaus kostspieliger ausnehmen würde als eine andere Variante, die im Abriss und Neubau eines solchen Objekts besteht. Fakt ist nun einmal, dass Zahlen (im Gegensatz zu manchen Politikern) nicht lügen, sondern eine klare Sprache sprechen.

Somit wurde vor der Beschlussfassung des Umbaus im Stadtparlament durch die dort vertretene Fraktion des *Bündnisses für Forst* für den Neubau anstelle des Umbaus geworben. Diesem Standpunkt schlossen sich gleichermaßen Linke und die AfD – letztere ist mit einem Drittel der Sitze die stärkste Fraktion – gemeinsam, aber ohne vorherige Absprache, an. Und zum Entsetzen der Genossinnen und Genossen der mittleren Funktionärsebene der Linken der brandenburgischen Landesebene ging man mit dem Ergebnis dieser gemeinsamen Aktion gar noch in die Öffentlichkeit. Die drei Fraktionen (Bündnis für Forst, AfD und Linke) gaben, vertreten durch ihre Vorsitzenden, eine Pressekonferenz, in der sie wie selbstverständlich Harmonie demonstrierten und ihre gemeinsame Entscheidung als Ergebnis der Vernunft begründeten.

Eigentlich wäre ein solches Vorgehen bei der Beteiligung anderer Parteien (also ohne AfD) kein Problem und kein Stein des Anstoßes, zumal gerade im Brandenburgischen auch schon in der CDU-Spitze laut und schamlos über freundschaftliche Bündnisse mit den Linken nachgedacht wurde, um sich für die Wahlen Mehrheitsergebnisse zu sichern.

Aber hier handelt es sich um die AfD, die Alternative für Deutschland, die den Linken seit einigen Jahren Unmengen an Wählerinnen und Wählern weggeschnappt und ihnen sogar in manchen Themenbereichen das argumentative Wasser abgegraben hat. Und dies ist keineswegs ein innehaltender Prozess, sondern, um es mit einer literarischen Metapher zu kommentieren: Es wächst.

Die Linke weiß sich gegen diese stark konkurrierende AfD nicht anders zu wehren, als sie zu diffamieren und dabei auch andere Parteien, die Medien und Teile der Bevölkerung zu instrumentalisieren und aufzuhetzen. Letzteres ist freilich ein Sturm auf offene Türen, leistet doch die AfD mit dem Festhalten an haltlosen Positionen und an gewissen Figuren – man denke an den Hickhack um den Fraktionsführer im Potsdamer Landtag – dem selbsternannten Spektrum der politischen Mitte reichlich Vorschub. Die Linke hat es nicht mal nötig, hierbei als heimlicher Trittbrettfahrer mit zu hangeln, sie kann sogar offen auf die Karte „Gegen rechts“ pochen und damit von der Schande ihrer eigenen diktatorischen Vergangenheit und der aktuellen Mordankündigung (man will ein Prozent der Bevölkerung erschießen) und sonstiger Hetze ablenken.

Nun, kommen wir jedoch auf die Ereignisse von Forst zurück. Mag sein, dass dieses mäßige Husarenstück, als das man den Brückenschlag von Linke und AfD deuten kann, von den Einheimischen keineswegs als ein solches gesehen wird und man sich vielmehr erleichtert sieht, dass die Ausgaben für den Bau des Objektes reduziert werden und durch den Neubau auch eine bessere Qualität in der Nutzung entsteht, so zeigen doch einige Medien mit hämischem Finger auf die Linke als Bundespartei und stellen die Frage nach der Glaubwürdigkeit dieser Partei und auch nach der Reaktion der großen Wortführer, die sich fast täglich in den Bild- und Printmedien an der meistens durchaus geradlinigen Politik einer Kanzlerin Merkel und eines vielversprechenden Kandidaten in Spe mit Namen Markus Söder reiben. Und so gesehen muss man einfach fragen: Ist es im Ex-SED-Club niemandem peinlich, über einen verhassten politischen Gegner und seine Wählerinnen und Wähler mit Schaum vor dem Mund herzuziehen und dann in harmonischer Selbstverständlichkeit mit ihm zu paktieren?

Die Parteispitze schweigt, das einstige Zentralorgan ND spielt das Geschehen herunter, und die zuständigen Funktionäre im Brandenburgischen sind machtlos, denn die Forster Linke stört sich nicht an dem Schaden, den sie dem Renommee der Partei zufügt, der Fraktionsvorsitzende lehnt den vom Kreisverband strikt geforderten Austritt ab, denn ganz die alte SED ist dies nun doch nicht mehr.

Das alles ist der Stand zwei Monate nach Bekanntwerden dieses Novums. Man darf gespannt sein, ob es demnächst weitere Nachrichten dieser Art – sei es in Forst oder in anderen Regionen – geben wird. In der Demokratie ist, wie man sieht, vieles möglich. *B. Thonn*

Die Räder rollen (nun endgültig in den moralischen Abgrund)

Sammlerwert kommt vor Geschichtswert?

Wir kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus. Als wir uns einstmals in der DDR beschwerten, dass unsere Kinder zunehmend mit Kriegsspielzeug, Wehrkunde-Unterricht und einem Sandmann, der auch schon mal mit dem Schützen-Panzer-Wagen vorfuhr, aufwachsen sollten, finden wir nunmehr in den weiten Welten des Internets jenes Fahrzeug als Spiel- und Sammelstück wieder, mit dem ehemals politische Häftlinge zu Gerichtsverhandlungen oder anderen Martyrien transportiert wurden: Es ist dies der Barkas B 1000 mit seinen Minibuchten, in denen man nicht sitzen, nicht atmen und sowieso nicht stehen konnte. Wir wissen, dass mehrere dieser Fahrzeuge „gerettet" wurden und weiterhin an Gedenkplätzen zu sehen sind. Nun jedoch taucht ein solches Modell im Kleinformat auf. Es ist noch nicht lieferbar, kann jedoch vorbestellt werden. Vorläufiger Preis: 48,69 €uro (inkl. MwSt zzgl. Versandkosten). Es ist zwar noch nicht verfügbar, kann jedoch schon bestellt werden.

Was sagt man dazu? Ist das nicht Werbung und Glorifizierung für die Diktatur der SED? Und darf man damit rechnen, dass der Hersteller auch weiteres, richtig funktionierendes Kriegsspielzeug herstellt. Werden findige Tourismus-Firmen den Folter-B-1000 vielleicht gar nachbauen und dann Fahrten damit anbieten? Unsere Spaßgesellschaft ist für alles offen, und nach der Corona-Rezension wird jede Idee begrüßt und gefördert, die die Wirtschaft in Schwung bringt.

Valerie Bosse

Anm.: Lesen Sie einige Kommentare und Meinungen aus persönlichen Erfahrungen in der nebenstehenden rechten Spalte und der nachfolgenden Seite.

Ich kann nicht atmen!

Über die Zustände und Ängste, die sich mit den Transporten in diesem Fahrzeug verbinden

Eine Erinnerung

Ich bin selbst mehrmals in einer der engen Buchten, die sich in dem B 1000 befanden, transportiert worden. Nach elf Monaten U-Haft brachte man mich endlich von Potsdam in das Zuchthaus Brandenburg. Das allein war eine Fahrt von mehr als einer Stunde, und zusätzlich standen wir fast 20 Minuten vor der geschlossenen Bahnschranke. An vier Verhandlungstagen ging es mit dem Monsterwagen zum Gericht. Morgens hin, mittags zurück, nachmittags erneut ins Gericht und abends wieder zurück. Die Ruckelei auf den miserablen DDR-Straßen drehte einem die Eingeweide um und Atemnot stellte sich ein, so dass man bei Gericht auf der Anklagebank saß und vor Schwindel und Übelkeit kaum denken oder reden konnte. Man saß zusammengekauert, bis es schmerzte, bekam kaum Luft und befand sich im Dunkeln. Wenn man jammerte oder sich beschwerte, dass man reale Angst vor dem Ersticken hatte, so wie der zu Tode gekommene US-Bürger George Floyd es tat (Ich kann nicht atmen), erhielt man von den Wachleuten keine Antwort. Bestenfalls hieß es: „Dauert ja nicht lange. Ist ja nicht unsere Schuld, dass Sie hier sind."

Es ist eine Schande für dieses Land, dass wir soweit sind, dass diese Folter-Fahrzeuge nun zur Bereicherung und Bespaßung von unwissenden Menschen herhalten und dass die Hersteller und Käufer glauben, es wären dies unentbehrliche Miniaturteile mit dem Charakter von Matchbox- Modellen.

Mir fällt im Namen derer, die mit diesen Fahrzeugen transportiert wurden, nur ein Wort ein: Pfui.

Alexander Richter-Kariger

Geschmacklos, jugendfeindlich

Sind bald auch wieder Kriegsspielzeug, Handschellen und Knebelketten im Angebot?

Wer sich diese Geschmacklosigkeit hat einfallen lassen, den sollte man wegen Verhetzung von jungen Menschen und Verherrlichung einer Diktatur mit einem Bußgeld oder einem Jahr sozialer Arbeit belegen und ihm (oder ihr) erst einmal einen Kurs in Geschichte verordnen. In diesem Fahrzeug B 1000 mit Stasi-Format sind Tausende politische Häftlinge – darunter auch ich – zum Gericht oder zum Arzt transportiert worden, und sie kamen mit bitteren Willkür-Urteilen und teils hohen Haftstrafen zurück. Die Fahrt in diesem Höllen-Vehikel hat sie (uns, mich) zusätzlich zersetzt. Dass man jetzt versucht, aus solchen unmenschlichen Requisiten Kapital bzw. Profit zu schlagen, kommt meiner Meinung nach einem ganz üblen Schurkenstreich gleich.

Wir hatten vor Jahren schon die Diskussion um DDR-Embleme, NVA-Uniformen und dergleichen, die sämtlich in der Öffentlichkeit vorgeführt, mitunter zelebriert wurden. Man muss fragen: Wollen oder können die Hersteller dieser teuflischen Gegenstände nicht aus der Vergangenheit lernen, und was werden wir demnächst noch erleben? Von der Verbreitung dieser Folterzeuge eines geballten staatlichen Unrechts bis zum erneuten Anbieten von Kriegsspielzeug und ähnlichen Gerätschaften für Kinder und Jugendliche ist es doch nur ein kleiner Schritt.

Will man demnächst vielleicht noch eine Art Wehrkunde- Unterricht oder eine Gesellschaft für Sport und Technik, in der Minderjährige wieder das Schießen lernen, nachstellen und passende Kurse einrichten?

Fällt den Betreffenden, die dieses unselige Modell auf den Markt gebracht haben, nichts anderes ein, als das Leid von Tausenden Menschen zu verspotten und auf geschmacklose und infame Weise dabei ihre Geldgier zu befriedigen? *Hugo Diederich*

*** *** *** ***

Karl Marx und Friedrich Engels haben in der Tat Recht, wenn sie im Manifest der kommunistischen Partei schrieben, dass dem Kapitalisten bzw. dem Bourgeois im Streben nach Profit nichts heilig ist und er sich über alle Hürden von Anstand und Moral hinwegsetzt, damit er sich die Taschen füllen und in der Öffentlichkeit mit Extravaganzen prahlen kann. Man kann nur hoffen, dass die Vernunft siegt und sich niemand herbeilässt, um für diese hohnsprechenden Artikel Geld auszugeben. *B. Thonn*

*** *** *** ***

Wer (gewinnträchtige) Reklame für eine untergegangene Diktatur macht, dem kann es passieren, dass er selbst am Rand der Gesellschaft landet. *Valerie Bosse*

*** *** *** ***

Anm.: Der Redakteur dankt unserem jung gebliebenen Senior-Kameraden Ehrhard Göhl, der uns auf den illustren Fund aufmerksam machte und ihn seinerseits so kommentierte*: Müssen wir uns das bieten lassen? Vom einstigen STASI-Folterfahrzeug nun zum Spielzeug mit Sammlerwert. 500 Stück für Bundesdeutsche Kinder. "DDR Punkt Zwei" lässt grüßen.*

Meldungen in Kürze

In Zeitz soll 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eine Gedenktafel für die Opfer des SED-Regimes angebracht werden. So lautet der Antrag an den Oberbürgermeister.

Die Antragsteller sind in der Stadt ansässig oder dort aufgewachsen, oder sie sind in anderer Weise eng mit der Stadt verbunden. Sie hoffen, dass der Oberbürgermeister dem Antrag zustimmt. Im August 2020 ist es 44 Jahre her, dass sich der Prediger Oskar Brüsewitz in Zeitz aus Protest gegen die SED-Ideologie öffentlich mit Benzin übergoss und anzündete. Vier Tage nach dieser Tat verlor er sein Leben.

Zu dem hier genannten Antrag liegen als Untermauerung die Schicksalsberichte von zwei Zeitzeugen vor, die aus Zeitz stammen.

**** **** **** ****

Die neue Ausgabe des VAS-Journals, herausgegeben vom NRW-Landesbeauftragten Heiko Hendriks, ist nun kürzlich erschienen. Darin enthalten ist ein ausführlicher Bericht über die Eröffnung der Mauer-Ausstellung im Rathaus Emsdetten (Münsterland). Herr Hendriks hat die Ausstellung mit einem Zeitzeugen und dem Bürgermeister gemeinsam eröffnet. Ein Bericht findet sich unter https://www.mkw.nrw/landesbeirat.

Das Buch „Zuchthausjahre“ von Peter-Joachim Lapp wurde gemeinsam mit dem Lebensschicksal des Verfassers auf mehreren Seiten im Magazin „Gebergasse“ vorgestellt. Die Veröffentlichung war durch die finanzielle Unterstützung der VOS möglich geworden. Das lesenswerte, authentische Buch kann nach wie vor über die Bundesgeschäftsstelle der VOS zum Preis von 18 Euro bezogen werden. Ein Buch für die Enkel!

**** **** **** ****

Anlässlich des Todes des großen SPD-Politikers Hans-Jochen Vogel drückte der Bundesgeschäftsführer im Namen der VOS sein Beileid aus. Vogel gehörte einer Generation an, die für die SPD eine konstante und humanistische Politik der demokratischen Mitte vertrat. Dies war bereits in seiner Zeit als Münchner Bürgermeister ersichtlich. Zur Zeit der Teilung setzte sich Vogel unauffällig für politische Häftlinge in der DDR ein, damit für diese die Ausreise in den Westen genehmigt wurde. Dies geschah vor allem bei Treffen mit führenden SED-Politikern. Nach der Wiedervereinigung gehörte Vogel zu den Kräften, die gegen das Vergessen der Gräuel des SED-Unrechts angingen und für eine freiheitlich demokratische SPD eintraten. Dass seine Partei wegen der unwürdigen inneren Kämpfe so viele Stimmen verlor, ertrug er nur schwer.

Deutschland hat durch seinen Tod einen großen, volksnah agierenden Politiker verloren.

**** **** **** ****

Das Zeitzeugen-Projekt NRW geht mit dem Vorsatz in die Sommerferien, sich trotz Covid-19-Pandemie im Herbst neu für die Schulangebote aufzustellen. Für das Jahr 2021 wurde bereits über einen neuen Antrag beraten, in dessen Mittelpunkt der 60. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer und die Errichtung der innerdeutschen Grenze stehen könnten. *(FG)*

Eine Frage des Systems: Diktatur oder Demokratie?

Welches System bietet die besseren Bildungschancen, wo lernt der Mensch denken und wo lernt er gehorchen?

Die DDR hatte ein gutes, leider ideologisch völlig verbrämtes Bildungssystem, denn es sollten allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeiten „gezüchtet“ werden. Doch die sozialistische Erziehung funktionierte nicht so richtig, auch weil Hunderttausende 1989 auf die Straße gingen.

Aus dem Tagebuch der kritischen Gedanken

Immerhin konnten die meisten Schulabsolventen in der DDR bei der Entlassung wenigstens richtig lesen, schreiben, rechnen und denken. Was aber ist mit dem real existierenden Kapitalismus? Braucht der nicht auch dringend allseitig gebildete Schulabsolventen und nicht nur stupide Billiglohnarbeiter, einfältige Konsumenten und ein paar Rekruten, die in Afghanistan oder in anderen fremdländischen Krisenherden „deutsche Interessen“ vertreten und die dafür ihr Leben riskieren?

Doch in welchem System möchte ich nun Leben? Wo lernen junge Menschen das selbständige Denken und Handeln, und wo werden sie zum Gehorsam und zum stupiden Wiedergeben von Definitionen und Worthülsen erzogen?

In meinem etwas provokatorischen Beitrag ist manches nur schwarz-weiß dargestellt. Doch selbst auf Grund dieser verkürzten Argumentationsweise würde ich mich immer für die Demokratie als Staatsform entscheiden. Hier weiß man, woran man ist, und man kann sich gegen Unrecht wehren, so schwer es mitunter scheint.

Für eine Diktatur gilt das nicht – oder täusche ich mich?

André Rohloff

Irgendwann ist auch Corona überstanden

Ein Ausblick des VOS-Verbandes in Sachsen-Anhalt

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

die vergangenen Monate waren geprägt durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Diese haben gewaltige Auswirkungen auf die Wirtschaft, das soziale Miteinander, ja auf jeden einzelnen Menschen in unserem Land, natürlich auch auf die VOS in Sachsen-Anhalt. Man kann sicher darüber debattieren, ob die in Deutschland ergriffenen Schritte zur Bekämpfung der Ausbreitung der COVID -19- Pandemie zeit- und fachgerecht erfolgt sind. Wenn man dies tut, muss man zwangsläufig auch den Blick auf die Entwicklung in anderen europäischen Ländern und weltweit werfen. So kommt man zu dem Schluss, dass diese Schritte, die auch einen Eingriff in die Grundrechte darstellen, dann doch grundsätzlich angemessen und verhältnismäßig erscheinen.

Dank des Verständnisses und der Disziplin des übergroßen Teils der Bevölkerung waren die Eindämmungsmaßnahmen erfolgreich. Dafür gilt den Menschen in unserem Land Respekt und Dank.

Unsere Vereinsarbeit ist derzeit stark eingeschränkt. Der Vorstand musste leider sämtliche geplanten Veranstaltungen des ersten Halbjahres stornieren. Da der größere Teil unserer Mitglieder zur Risikogruppe (altersspezifisch) gehören, haben wir die Teilnahme an größeren Veranstaltungen vorerst abgesagt. Die Haushaltspläne für das laufende Jahr wurde mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt und der Beauftragten des Landes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur abgestimmt und neu erarbeitet. Der Vorstand ist bemüht, wesentliche Termine wahrzunehmen. So wurde am 20. März 2020 des Todestages von Ernst Jennrich gedacht und an seinem Gedenkstein ein Gebinde niedergelegt. Ebenso wurde am 26. Mai 2020 am Grenzdenkmal Hötensleben ein Gedenkkranz unter Ausschluss der Öffentlichkeit niedergelegt.

Ob wir unsere diesjährige Gedenkfahrt nach Halle zum Roten Ochsen in den Herbst verlegen, wird die zukünftige Entwicklung des öffentlichen Lebens zeigen. Wie die Gesamtgesellschaft sich noch sehr lange mit den Folgen der aktuellen Maßnahmen beschäftigen wird, werden auch wir als VOS in Sachsen-Anhalt, unsere Schlussfolgerungen daraus ziehen. Unser Credo lautet gestern, jetzt und morgen „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“.

Bleibt gesund und voller Zuversicht. Mit freundlichen Grüßen

Dr. Winter, Heinz Streblow
Landesvorstand der VOS
in Sachsen-Anhalt

Altes aus Neuem oder Neues aus Altem?

Eine Richtigstellung und der philosophische Anstoß

In der letzten Fg-Ausgabe unterlief dem Redakteur auf Seite 12 ein Irrtum, der dennoch für philosophisch geprägte Diskussionen Anlass geben könnte. In der Überschrift zum Beitrag unseres VOS-Mitglieds Dr. Helmut Schulze hieß es: *Aus dem Neuen das Alte entstehen lassen*. Gemeint war jedoch laut Anliegen des Verfassers: *Aus dem Alten das Neue entstehen lassen*. Dies sei im Nachhinein als Richtigstellung angemerkt. Immerhin gibt die Verwechslung, so man genauer hinschaut, den Anstoß zum Nachdenken: Muss es immer so sein, dass aus Altem Neues erwächst oder kann man nicht auch aus Neuem zu alten Erkenntnissen, Formen, Formaten oder Erzeugnissen gelangen? Vielleicht sogar zu Weisheiten?

In der Philosophie gelangt man mehr noch als in anderen Wissenschaften nicht selten zu frühen Thesen und Behauptungen zurück, so dass vom einstigen Ausgangspunkt neu gedacht werden kann.

Die Korrespondenz von Alt, Neu und wiederum Neu und Alt kann für die Wissenschaft und somit die Menschheit sehr wesentlich sein. Daher sei beiden, dem Verfasser und dem Redakteur, für etwas „Ungewollt Gewolltes“ gedankt.

Igor Gerd Lesnikow (Philo-IGeL)

Mit Zugehörigkeit zu Bayern die deutlich bessere Karte gezogen

*Wenn die Coburger 1919 anders abgestimmt hätten, wären sie DDR-Bürger*innen geworden*

In diesem August gedenken wir des 59. Jahrestages des Mauerbaus. Viele tragische Ereignisse verbinden sich mit diesem Datum. Eine vierstellige Zahl von Todesopfern geht auf die gesamte innerdeutsche Grenze, wozu auch die Ostsee und Flüsse wie Elbe und Werra gerechnet werden müssen, zurück. Die Einzelschicksale ereigneten sich durch das geschichtliche Dilemma eines ganzen Landes, ja sogar des Kontinents Europa.

Eine Region jedoch hatte Glück, da sie durch die Gebietsreform im Jahre 1919 von Thüringen zum Land Bayern umgegliedert wurde, und ihr somit die Zugehörigkeit zur späteren DDR erspart blieb. Was freilich passiert wäre, hätte es im Jahr 1919 ein anderes Abstimmungsergebnis zur Gebietszugehörigkeit gegeben, das führt uns Kamerad Jörg Bilke in der nachstehend zu lesenden Satire schmunzelnd und doch bedrohlich vor.

Nachdem die amerikanischen Truppen am 10. April 1945 Rodach erobert hatten, kamen in der Bevölkerung Ängste auf, die „Rote Armee“ könnte in einigen Wochen auch den Landkreis Coburg besetzen, weil sie alte Karten aus der Zeit vor 1918 mit sich führten, worauf das Coburger Land noch als zu Thüringen gehörend verzeichnet wäre. Die Ängste verschärften sich, als wenige Wochen nach dem Kriegsende 1945 russische Offiziere aus Hildburghausen von amerikanischen Offizieren nach Rodach eingeladen worden waren, um in der Villa Leuckart in der Heldritter Straße den Sieg über Deutschland zu feiern.

Die Rodacher atmeten deutlich hörbar auf!

„Was verhandelten die denn dort?“, fragten die Rodacher besorgt. Sicher ginge es um eine Grenzverschiebung bis Lichtenfels. Wer auf der Heldritter Straße vorbeikam, hörte nur russische und englische Laute und Gelächter. Dann aber, am 2. Juli 1945, verließen die amerikanischen Truppen Westsachsen und Thüringen, die Sowjets rückten nach, sie blieben jedoch bei Adelhausen stehen, ohne Rodach zu besetzen.

Die Rodacher atmeten hörbar auf!

Es hätte 1919 ja auch ganz anders kommen können, und die Coburger hätten nicht mit überwältigender Mehrheit für den Anschluss an den Freistaat Bayern gestimmt.

Aus der deutschen Geschichte

Da hätte aber auch das Land Thüringen, das es bis 1918 nicht gab, schneller entstehen müssen. Es gab damals lediglich acht Herzog- und Fürstentümer, vier ernestinische und vier nicht-ernestinische, und preußischen Streubesitz um Erfurt und anderswo. Alle diese Kleinstaaten hatten unterschiedliche Währungen, unterschiedliche Zollbestimmungen und eine Vielzahl Besitzansprüche untereinander.

Eine Einigung in einem Freistaat Thüringen war ein langwieriger Prozess, der Jahre erfordern würde. Im Freistaat Bayern, in den sich das 1806 entstandene Königreich Bayern 1918 verwandelt hatte, sah alles anders aus! Er war eine in sich gefestigte Republik freier Bürger, nachdem die Revolutionswirren der Münchner Räterepublik 1918/19 überwunden waren. Vor allem aber war er ein reiches Agrarland, der seine Bewohner nach den Hungerjahren des Weltkriegs ausreichend ernähren konnte.

In Thüringen dagegen wurde gehungert. Und Hunger ist ein mächtiger Ratgeber, wenn es um politische Entscheidungen geht. Und so stimmten am 30. November 1919 nur 3.466 wahlberechtige Coburger für Thüringen, während 29.568 für Bayern stimmten. Das waren mehr als 88 Prozent der Coburger Bevölkerung.

Die Wahlbeteiligung lag bei 75 Prozent. Einzelheiten kann man in Jürgen Erdmanns Würzburger Dissertation „Coburg, Bayern und das Reich“ (1969) nachlesen.

Man stelle sich vor, es wäre anders gekommen, und die Coburger hätte damals für Thüringen votiert und hätten seit 1952, als die Länder aufgelöst wurden, als südlichster Landkreis zum DDR-Bezirk Suhl gehört. Lichtenfels wäre dann, aus DDR-Sicht, „kapitalistisches Ausland“ gewesen.

Der ganze Landkreis war von der DDR-Regierung zur Sperrzone erklärt worden.

Als SED-Generalsekretär Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz 1952 verkündet hatte, dass jetzt der „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ vorangetrieben würde, war auch der Landkreis Coburg der Segnungen des Sozialismus teilhaftig geworden. Industriebetriebe und Bauernhöfe wurden verstaatlicht, das Schulsystem auf die neuen Erfordernisse umgestellt, die Handwerker unter staatlichen Druck gesetzt, bis sie aufgaben.

Leider nur konnte sich kein Westbesucher, auch ehemalige Coburger nicht, die über Westberlin geflohen waren, ein Bild von den Zuständen in der alten Heimat, wo noch Verwandte wohnten, machen. Der ganze Landkreis bis zur innerdeutschen Grenze bei Lichtenfels war von der DDR-Regierung zur Sperrzone erklärt worden, die zu betreten selbst für Leute mit DDR-Pass unmöglich war, wenn sie dort keine Verwandten hatten. So konnte man erst nach dem 9. November 1989, als in Berlin die Mauer gefallen war, erfahren, was der Sozialismus in Coburg und Umgebung angerichtet hatte.

Vier Wochen vor dem 7. Oktober 1989, dem DDR-Staatsfeiertag, fuhr Ministerpräsident Willi Stoph (SED) in die grenznahen Gebiete, um die dortige Bevölkerung aufzumuntern und eine Verbesserung der immer noch schlechten Versorgungslage zu versprechen. Auf dem Rodacher Markplatz begrüßte ihn eine aufgeregte Gruppe von Thälmann-Pionieren, die in Reih und Glied vor der Stadtapotheke standen und andauernd im Chor riefen:

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

„Für Frieden und Sozialismus immer bereit!“

Dann erschien eine Abordnung von Arbeitern der Volkseigenen Kunststoffwerke (früher Siemens/ Valeo) und überreichte dem Ministerpräsidenten aus der Hauptstadt Berlin ein Gastgeschenk.

Auch die Genossen Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsparteiorganisation waren gekommen und berichteten von unerhörten Erfolgen in der Planschlacht zu Ehren des 40. Jahrestag der 1949 gegründeten Republik. Schließlich erschienen zwei Vertreter des Volkseigenen Betriebs Kinderspiele (früher Habermaaß/Wehrfritz), die eine Eisenbahn aus Holz für die Enkel des Ministerpräsidenten mitgebracht hatten. Als die Delegation über die August-Grosch-Straße Rodach verließ und an der ehemaligen Franzosenburg in die Coburger Straße einbiegen wollte, stellte sich ihnen eine kleine Gruppe von Rodachern in den Weg, angeführt vom Bürgermeister der Stadt, der in seiner Begleitung eine fast 100-jährige Genossin mit sich führte, die noch Kurt Eisner (1878-1919) in München, der am 21. Februar 1919 erschossen worden war, gekannt haben wollte und mit ihm, wie sie immer wieder beteuerte, während der Novemberrevolution 1918 auf den Barrikaden gelegen hätte. Von ihm überreichte sie ein angebliches Schreiben, das nur einen Satz umfasste: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Als Willi Stoph, der rasch erkannt hatte, dass diese Frau verwirrt war, ihr die Hand auf die Schulter legte und sie umarmte, brach sie in Tränen aus.

Als er dann in Richtung Coburg weiterfuhr, sah er bis zum Fuchsberg die unermesslichen Felder des Volkseigenen Gutes „Roter Oktober“ (früher Domäne Schweighof), auf denen nur noch Mais als Viehfutter angebaut wurde. Als sie die Höhe des Fuchsbergs erreicht hatten, sah die Landschaft ganz anders aus. Hier waren riesige Herden von Rindern zu sehen, die rechts und links von der mit Kastanienbäumen eingerahmten Staatsstraße weideten. Das waren Hunderte von Zuchtrindern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Lichte Zukunft, die für den Export ins „kapitalistische Westdeutschland“, der Devisen wegen, bestimmt waren.

Willi Stoph lobte die Sollerfüllung der Rinderzüchtung. Das Rindersterben der Jahre 1960/64, als überall im Land Rinderoffenställe auf Beschluss des SED-Politbüros errichtet werden mussten, die als sowjetische Errungenschaft galten, erwähnte er nicht, als er im Verwaltungssitz Neida eine Pause einlegte. Diese Offenställe verfügten nur über ein Dach und eine Wand zur Wetterseite. Das Ergebnis dieser progressiven Agrarökonomie war, dass Hunderte von Rindern starben, sie erfroren oder wurden durch Nässe krank.

Als der Ministerpräsident über Neuses in Coburg einfuhr, sah er überall jubelnde und winkende Bürger auf den Straßen. Schon am Hauptbahnhof wurden Transparente mit Kampflosungen geschwenkt „Wir Coburger kämpfen mit der Sowjetunion für den Frieden“ oder „Nieder mit den Kriegsbrandstiftern in München“. Der Genosse Oberbürgermeister (SED) erklärte dem Ministerpräsidenten auf dem Rathausbalkon, dass der Rat der Stadt beschlossen hätte, auf der Veste ein „Museum zur Geschichte der Feudalherrschaft in Thüringen“ zu errichten, mit besonderer Berücksichtigung des Hauses Sachsen-Coburg-Gotha, dessen letzter Vertreter Carl Eduard (1884-1954) am 14. November 1918 abgedankt hätte. Der Hofgarten der Coburger Herzöge wäre inzwischen zum „Volkspark“ umgestaltet worden, und Schloss Ehrenburg wäre ein Feierabendheim für verdiente Parteiveteranen aus der ganzen Republik geworden.

Als sie vor dem Volkstheater auf dem Schlossplatz standen, erklärte der Oberbürgermeister, auf dem Pferd über den Arkaden reite nun nicht mehr Ernst II., sondern Karl Marx, und auf dem Pferd Ernsts I. säße jetzt Friedrich Engels. Der Ministerpräsident habe sicher auch gemerkt, dass nicht mehr Prinzgemahl Albert am Marktplatz auf dem Sockel stünde, sondern der unsterbliche Lenin. Nur, dass die Tauben noch immer das Denkmal verschmutzten, könne bis heute nicht verhindert werden.

An der Morizkirche vorbei erreichten sie dann das 1605 eröffnete Gymnasium Casimirianum. Die Figur des Schulgründers Herzog Casimir war längst entfernt worden, dort stand jetzt Rosa Luxemburg in Bronze. Auf dem Weg zum Haupteingang berichtete der Oberbürgermeister, dass schon vor 30 Jahren der Latein- und Griechisch-Unterricht abgeschafft worden wäre, jetzt lernte man Russisch in allen Klassen bis zum Abitur. Auch das Zitat Goethes über seinen Vater Johann Caspar (1710-1782), der 1725/30 das Casimirianum besucht hatte, das man in der Autobiografie „Dichtung und Wahrheit“(1811) nachlesen kann, war beseitigt worden. Jetzt prangte dort die elfte These von Karl Marx über Ludwig Feuerbach: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es *kömmt* darauf an, sie zu verändern.“ (1845).

Jörg Bernhard Bilke

Nachbemerkung des Autors:

Vom 14. November 1918, als Herzog Carl Eduard (1884-1954) zurückgetreten war, bis 30. Juni 1920 war Coburg Freistaat. Nach einer Volksabstimmung am 30. November 1919 entschieden sich die Coburger mit überwältigender Mehrheit für den Anschluss an Bayern, der am 1. Juli 1920 vollzogen wurde. Das war vor 100 Jahren!

Der Kartenausschnitt zeigt den Bereich Rodach (Bayern) – Eisfeld, Veilsdorf, Bockstadt, (Thüringen)

Einhellige Meinung aller Teilnehmenden: Der 17. Juni 1953 darf nicht in Vergessenheit geraten! Geschichte bewahren und Opfer ehren

Kranzniederlegung im Gedenken an die Opfer und Mahnen an das Unrecht der Diktatur

Beauftragter der Landesregierung und Bürgermeister zu gemeinsamer Veranstaltung mit VOS in der Stadt Düren

Gemeinsam mit Vertretern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) – Landesgruppe NRW e.V. hat der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, am 17. Juni 2020 in Düren an einer Gedenkminute teilgenommen und einen Kranz in den NRW-Farben niedergelegt.

Aufgrund der diesjährigen besonderen Situation durch die Corona-Pandemie konnte die jährliche Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die Opfer des 17. Juni 1953 in Düren nur mit einer geringen Teilnehmerzahl stattfinden. „Auch wenn die Gedenkveranstaltung in diesem Jahr aufgrund von Corona nur in einem deutlich kleineren Rahmen stattfinden kann, so ist es doch wichtig, dass wir heute mit der Kranzniederlegung ein Zeichen setzen und die Opfer des 17. Juni 1953 nicht in Vergessenheit geraten“, so Heiko Hendriks vor Ort. „Wir alle hoffen, dass die Veranstaltung im nächsten Jahr wieder unter Einbindung der örtlichen Schülerschaft erfolgen kann, um deutlich zu machen, wie wichtig eine Auseinandersetzung der heutigen Jugend mit der deutsch-deutschen Geschichte ist“, so Hendriks weiter.

Die Veranstaltung ist bereits vor einigen Jahren auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) entstanden, die u. a. durch ihren NRW-Vorsitzenden Felix-Heinz Holtschke, seinen Stellvertreter Peter Hippe sowie den Bezirksvorsitzenden Detlef von Dechend vertreten waren. *H. Hendriks*

***Oberes Foto** (rechte Spalte): Heiko Hendriks (2 v. l.) legt zusammen mit Felix-Heinz Holtschke, Peter Hippe und Detlef von Dechend (VOS-NRW) sowie dem stellvertretenden Bürgermeister von Düren, Thomas Flossdorf, Kränze am Gedenkstein für die Opfer des 17. Juni 1953 in Düren nieder. **Foto unten:** Berlin*

Gemeinsame Veranstaltungen von VOS und UOKG in Darmstadt und in Mainz

Wie im Vorfeld angekündigt, wurde von unserer VOS-Landesgruppe Hessen/ Rheinland-Pfalz (RLP) am 17. Juni 2020 in Darmstadt an der Gedenktafel für die Opfer des Volksaufstandes und des kommunistischen Terrorsystems von 1945 bis 1989 in Mitteldeutschland ein großer Trauerkranz mit beschrifteten Schleifen angebracht, für dessen reibungslosen Ablauf unser Kamerad Ehrhard Göhl sorgte. Dafür sagen wir ihm hiermit unseren herzlichen Dank!

Die Gedenkfeier am Gedenkstein „Unteilbares Deutschland“ in Mainz am 20. Juni 2020 war ebenfalls ein guter Erfolg. Wir legten in Anwesenheit der UOKG-Regionalvertreterin für Rheinland-Pfalz, Kameradin Elke Schlegel und ihres Mannes aus Koblenz nach zwei Ansprachen gemeinsam ein Grabgesteck als Zeichen unserer Würdigung der Opfer des 17. Juni 1953 und aller Opfer kommunistischer Gewalt nieder.

Anschließend wurde in vertrauter Runde zusammengesessen und Möglichkeiten der Intensivierung der neu geknüpften Kontakte zwischen unserer Landesgruppe und der UOKG erörtert. Da dazu der beiderseitige Wille und die Bereitschaft bestehen, können wir durchaus zuversichtlich in die nähere Zukunft schauen, um gemeinsame Aktionen zu planen und diese wirkungsvoll durchzuführen.

Gerd Franke, Arno Selten, Elke Schlegel

In Berlin wie in vielen anderen Städten durch Covid-19-Pandemie Einschränkungen

Trotz der weiterhin bestehenden Vorgaben durch die Pandemie, fand in Berlin eine Ehrung zum Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953 statt. Gedenkort war der Gedenkstein am Steinplatz in Berlin Charlottenburg und dies nun ununterbrochen seit 66 Jahren. Zu den Teilnehmern bzw. Rednern gehörten dankenswerterweise u.a. Reinhard Naumann als Bezirksbürgermeister von Berlin-Wilmersdorf/Charlottenburg, Tom Sello als Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur des Landes Berlin sowie Kai Wegner, MdB, Landesvorsitzender der CDU Berlin.

→ *weitere Berichte nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite unten*

Zur Veranstaltung lud wie immer der LV Berlin der VOS ein. Erfreulich, dass auch der Bundesbeauftragte für die SED-Opfer Roland Jahn (unteres Foto links außen) begrüßt werden konnte.

Die VOS war durch unseren stellv. Bundesvorsitzendem Rainer Buchwald und den Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich vertreten, die im Namen des Verbandes ein großes Kranzgebinde niederlegten.

Rainer Buchwald

Stilles Gedenken am Deutsche Eck

Wir waren beide am 17. Juni am Deutschen Eck beim Gedenken dabei, und es waren doch recht viele Leute, die tief bewegt bei den Mauerelementen und der Bilderwand am stillen Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953 teilgenommen haben.

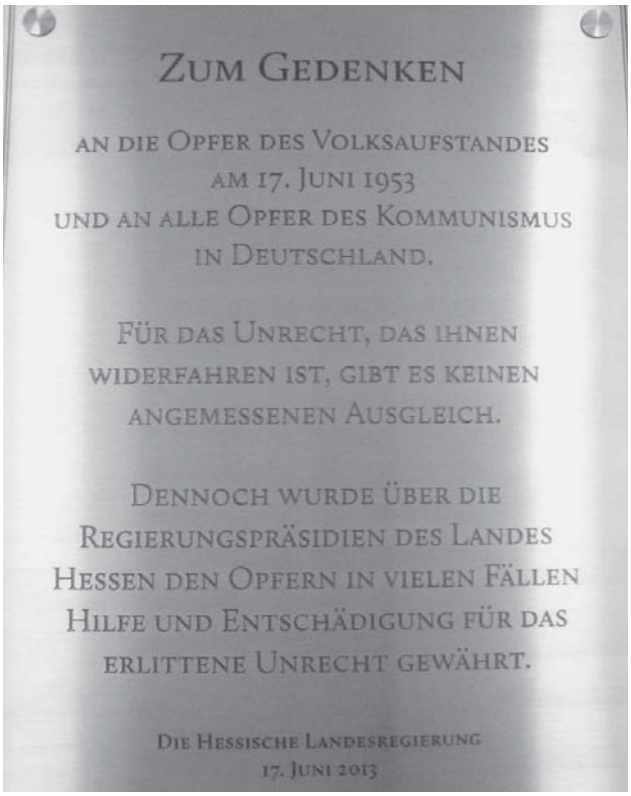
Zur Kranzniederlegung hatten die CDU Koblenz und die Peter-Altmeier-Gesellschaft eingeladen. Als Hauptredner trat der Kreisvorsitzende Mark Scherhag auf. Er erinnerte an die vielen Todesopfer und später Inhaftierten.

Weitere teilnehmende Persönlichkeiten waren der Bundestagsabgeordnete Josef Oster, die Fraktionsvorsitzende der Stadt-CDU Frau Anne Schumann-Dreyer und Andreas Biebricher, der der Vorsitzende der Peter-Altmeier-Gesellschaft ist.

Das einhellige Bekenntnis lautete neben dem Bewahren des Opfer-Gedenkens, dass sich die Menschen unseres Landes weiter ein Leben in wirklicher Freiheit und einem gerechten Frieden für ganz Europa einsetzen sollten.

Das Mahnmal mit den drei Mauersegmenten bot hierzu die authentische Kulisse.

Siegfried und Regina Keil



Das Foto zeigt die Gedenktafel am Gebäude des Landtags in Hessen, für die sich Ehrhard Göhl in harten Auseinandersetzungen und gegen den Widerstand linker Kräfte stark gemacht hatte.

Gedenken, Erinnern und den politischen Alltag mitgestalten

Die Veranstaltung in Chemnitz wie jedes Jahr einen besonderen Stellenwert

Am 17. Juni dieses Jahres folgten etwa 30 Menschen in Chemnitz der Einladung der Bezirksgruppe der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal zur traditionellen Gedenkveranstaltung an der Stele unweit des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses.

Nach der Eröffnung durch Vorsitzenden Holker Thierfeld erfolgte die Niederlegung der Kränze und der Blumengebinde. Er überbrachte die Glückwünsche von Kameradinnen und Kameraden, die in diesem Jahr aus gesundheitlichen Gründen leider nicht dabei sein konnten. In seiner Rede schilderte er die Schicksale von Rosel Werl und Hans-Jürgen Besch.

Die Anwesenden gedachten in einer besonderen Schweigeminute – unter Einhaltung des erforderlichen Mindestabstandes – allen verstorbenen Kameradinnen und Kameraden.

Es folgte das Grußwort von Chemnitz` Oberbürgermeisterin Frau Barbara Ludwig, in dem sie der VOS dankte und betonte, deren Mitglieder würden als Zeitzeugen gebraucht: „Ihr Thema bleibt und wird nicht vergessen. Es wird nicht verschwiegen, auch wenn es nicht jeden Tag im Mittelpunkt steht. Wir werden auf dem Kaßberg dieses Stück deutscher Geschichte bewahren.“

„Den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken zu bewahren, ist Verpflichtung.“

Die Stadt Chemnitz unterstützt den Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. seit vielen Jahren bei seinem Ziel, in einem Teil des ehemaligen Kaßberg- Gefängnisses eine Gedenkstätte zu errichten und zu betreiben.

Eines der Vorstandsmitglieder, der Generalsekretär der sächsischen CDU, Alexander Dierks, erinnerte in seiner Rede an den Mut der Menschen, die 1953 auf die Straße gingen, um sich für Freiheit und Bürgerrechte einzusetzen. „Es ist wichtig, dass es Zeitzeugen und Menschen gibt, die mit uns diese Geschichte wachhalten“, so Alexander Dierks.

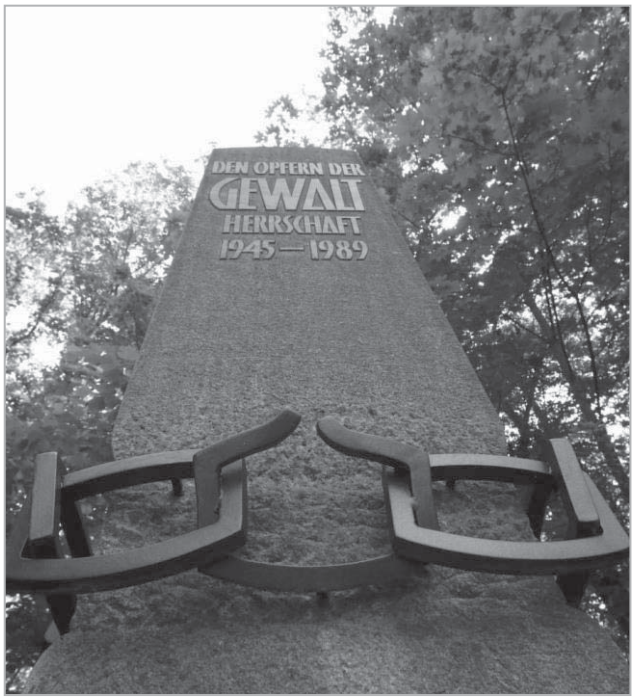
Umrahmt von musikalischer Begleitung durch die städtische Musikschule sprach Frau Dr. Magdalena Herbst von der Ev.-Luth. Superintendentur Chemnitz zu den Gästen: „Jeder ist ein von Gott geliebtes Menschenkind. Gedenken wir ihnen würdevoll.“

Sie bewege es als evangelische Christin sehr, was die Menschen verkraften mussten. Dr. Benjamin Page verlas das Grußwort der SPD-Landtagsabgeordneten Hanka Kliese. Sie gründete den Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. im Jahr 2011 mit und engagiert sich seit vielen Jahren für die Aufarbeitung des SED-Unrechts sowie für die Rechte der Betroffenen: „Es gilt heute umso mehr, jene freiheitlichen Errungenschaften und Werte zu wahren, für die u.a. die mutigen Frauen und Männer 1953 eingetreten sind.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite unten*

Aus dem Erinnern an sie, erwächst eine Verpflichtung, erwächst eine Verantwortung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit entgegenzutreten und all jenen Solidarität zu bekunden, die nicht über dieselben Freiheiten wie wir verfügen."



Die VOS leiste nicht nur hierzu einen großen Beitrag, so Hanka Kliese. Zum Schluss überreichte Holker Thierfeld der Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Frau Ludwig, einen Blumenstrauß als Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Frau Ludwig nahm während ihrer Amtszeit 14-mal an der Gedenkveranstaltung der VOS teil, und ihre bewegenden Reden bleiben unvergessen

Sie nahm während ihrer Amtszeit 14-mal an der Gedenkveranstaltung der VOS teil und ihre bewegenden Reden bleiben unvergessen. Nach der Veranstaltung trafen sich die Kameradinnen und Kameraden noch in gemütlicher Runde. Einige von ihnen besuchten später die im Februar 2019 eingeweihte Namenstafel auf dem Chemnitzer Friedhof an der Reichenhainer Straße. In dem Gemeinschaftsgrab liegen die Urnen von 136 Menschen. Es sind Männer, Frauen und Kinder, die nach der Internierung in sowjetischen Speziallagern Anfang der 1950er Jahre in den Haftanstalten Waldheim und Hoheneck an den entsetzlichen Haftbedingungen starben.

Dank der Initiative von Rosel Werl, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der VOS gibt es fortan eine Grabplatte mit den Namen der Verstorbenen. Wie Holker Thierfeld einige Stunden zuvor an diesem symbolträchtigen Tag erklärte: „Den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken zu bewahren, ist Verpflichtung."

Dr. Steffi Lehmann

Anm. d. Red.: Mit Dank wurden die vielen ausführlichen Berichte und Fotos in die Fg übernommen.

Die Polizei soll auf den Müll?

Und die schlechten Pressevertreter nicht?

Einige Wochen bevor diese Fg-Ausgabe erschien, gab es eine besonders heftige Debatte um die Polizei. Diese Debatte war nicht nur heftig, sondern vor allem niveaulos. Ausgelöst wurde sie durch einen Artikel in einer bundesweit erscheinenden Tageszeitung, die zu guter Letzt angesichts einer derartig beschämenden Veröffentlichung (die Polizei solle man abschaffen, sie gehöre auf den Müll und dergleichen) selbst nicht mehr wusste, wie sie sich positionieren sollte. Man versuchte sich schließlich herauszureden, es handele sich bei dem Müll-Artikel um Satire, und diese dürfe alles.

Nun, man kann zur Polizei stehen, wie man will, und man muss nicht unbedingt wissen, dass es „Die Polizei" eigentlich gar nicht gibt, sondern verschiedene Einsatz- und Aufgabenbereiche, denn das erfordert dann schon eine gewisse Intelligenz, und eine solche ist hier sichtlich nicht im Spiel. Fakt ist, dass eine Gesellschaft ohne Polizei nicht existieren kann. Egal, dass jede und jeder aus persönlicher Sicht auch negative Erfahrungen mit der Polizei macht. Jede und jeder wird aber auch durch die Polizei geschützt, zumindest in unserem Land, das eine Demokratie ist. In Diktaturen hingegen dient die Polizei zur Durchsetzung der Interessen des Staates, und ihr Wirken richtet sich gegen die Bürgerinnen und Bürger. Wir haben das in der DDR erlebt, wo eine Kritik an der Polizei (und anderen bewaffneten Organen) nicht als Satire durchgegangen ist und dem Verfasser eines entsprechenden Manuskripts die Haftstrafe von sechs Jahren eingebracht hat. Dies sei (keineswegs) nebenbei erwähnt, denn es sind ja gerade die Apologeten der kommunistischen Irrlehre, die diesen armseligen Zeitungsmüllkladderadatsch allein aus Prinzip und nicht aus Vernunft krampfhaft verteidigen. Man kann nur sagen: Das ist dumm, billig und von schlechter Herkunft. Wer Polizistinnen oder Polizisten kennt – es sind immer LeserInnen dabei, deren Angehörige oder Bekannte bei der Polizei Dienst tun – der weiß, dass es vielfach junge Menschen mit Idealen und Pflichtbewusstsein sind, die durchaus nicht auf den Müll gehören. (Wer auf den Müll gehört, das soll hier besser nicht ausgesprochen werden). Es ist auch lächerlich, die Polizei vom Grundsatz her als ein Netzwerk von Rechtsextremisten zu bezeichnen. Wer das öffentlich sagt, der muss es auch beweisen und nicht Verdächtigungen herausschreien, um vermeintliches politisches Kapital daraus zu schlagen.

Wir haben vor Jahrzehnten die Tucholsky-Parole diskutiert, dass Soldaten Mörder seien. Man hat hier keine Einigung gefunden. Zu viele Teile der Bevölkerung waren selbst Soldat oder hatten Angehörige (z. B. bei der NVA). Waren sie (wir) alle Mörder? Tucholsky war ein gewissenhafter, ehrbarer Mann, er hat, wie wir VOSler, lange eine inspirierte Zeitung herausgegeben. Leider hatte sein Beurteilungsvermögen Grenzen.

Warum geht man in unserem Land nicht wenigstens gerecht, wenn schon nicht höflich, miteinander – auch mit der Polizei – um? Wir sind keine USA, dass wir einen Bürgerkrieg nötig hätten. Oder wollen wir einen solchen? Bestimmte politische Kräfte scheinen sich dieses Ziel gesetzt zu haben. Die sollte man beobachten und weniger die Polizei. *B. Thonn*

Absender ist Haftopfer bzw. Verfolgter des Unrechtsstaates DDR

An die die Bundeskanzlerin
Der Bundesrepublik Deutschlands
Frau Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1

10 557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Mit Blick auf die im nächsten Jahr stattfindende Wahl des nächsten Deutschen Bundestages bitten wir Sie als stärkster Mitgliederverband ehemaliger politischer Häftlinge und Verfolgter der SBZ/DDR, sich unserer seit Langem geäußerten Belange und Forderungen verstärkt anzunehmen bzw. in Ihrem Wahlprogramm zu verankern. Die Zahl der vom Unrecht der DDR-Diktatur direkt Betroffenen wird jährlich geringer. Daher sehen wir es als Opfergruppe als besonders wesentlich an, dass denen, die noch am Leben sind, weiter geholfen und an sie gedacht wird. Viele von uns fühlen sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt, vergessen oder verspottet. Es sind, gemessen an den globalen Herausforderungen, sicherlich nur kleine Ansprüche, die wir stellen. Doch deren Berücksichtigung ist, zumal sie ohnehin immer nur schrittweise erfolgen, umso wichtiger.

Eine unserer wesentlichen Forderungen ist die offizielle Einstufung der DDR als Unrechtsstaat. In der DDR haben niemals freie Wahlen stattgefunden, so dass dieses System nur durch die militärische Vorherrschafft der Sowjets bestehen konnte. Dies wäre ein wesentlicher Schritt.

Im Einzelnen machen wir auf folgende notwendige Lösungsschritte aufmerksam:

- **Aufhebung der Bedürftigkeit**
- Aufhebung der „90-Tageregelung“
- Vererbbarkeit des Anspruchs der Opferrente auf Hinterbliebene
- Verbesserungen im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und eine Beweislastumkehr sowie die weiteren Vereinfachungen bei der Anerkennung von Haft- und Verfolgungszeiten
- Verurteilte nach § 249 StGB der DDR (sogenanntes asoziales Verhalten) als Anspruchsberechtigte nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aufnehmen.
- Rentenansprüche nach dem Fremdrentengesetz (FRG) für alle Übersiedler durchsetzen. Das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) ist auf diese Personen nicht anzuwenden. Wir weisen Sie dabei auf eine Vielzahl von Protesten hin.
- Deutsche Bundesbürger/DDR-Bürger, die im Ostblock zu Unrecht verurteilt wurden, weil sie sich im Sinne der Menschenrechte eingesetzt haben, in das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz aufnehmen.
- Auch jenen Personen mehr Beachtung zu widmen, die sich einzeln, im kleinen Maßstab und meist unauffällig schon lange vor der Ausweitung der Bürgerbewegung für die Einheit Deutschlands eingesetzt haben.
- Weitere Förderung der Zeitzeugentätigkeit durch Haftopfer und Verfolgte an den Schulen durch die konkrete Einbindung in den Unterricht in Verantwortung der Schulämter.

Haftgrund, Haftzeit und Haftort:

Unterschrift:

Datum:

2021 sind wieder Wahlen!

Es geht auch um unsere Interessen (Seite 18)

Liebe Kameradinnen und Kameraden,
liebe VOSler und Haftopfer

Im Jahr 2021 findet bekanntlich wieder eine Wahl der Abgeordneten zum Deutschen Bundestag statt. So wie viele Interessengruppen verbinden auch wir Haftopfer von SBZ und DDR unsere Wünsche und Forderungen nach weiteren sozialen Leistungen und finanziellen Verbesserungen für das uns angetane Leid mit einer neuen Bundesregierung. Vieles wurde inzwischen zwar erreicht, aber gemessen an den Verlusten und Nachteilen, die uns entstanden sind, sollten unsere Ansprüche rechtmäßig höher sein, als das bisher der Fall ist.

Darum wäre es zumindest den Versuch wert, mit einem persönlichen Schreiben an die Kanzlerin, die im Wahlkampf zweifellos die größte mediale Bedeutung hat und deren politischer Einfluss unübertroffen bleibt, auf unsere Interessen aufmerksam zu machen.

Wie schon mehrmals praktiziert, haben wir daher ein Schreiben vorbereitet, das mit Angabe der persönlichen Daten des einzelnen Unterzeichners an die Kanzlerin direkt geschickt werden sollte, oder aber man sendet es an die Bundesgeschäftsstelle der VOS zur Weiterleitung an das Kanzleramt. Dieses Schreiben ist auf der links vom Lesenden aufgeschlagenen Seite vorzufinden. Es wären lediglich in den Briefkopf die persönlichen Daten einzutragen und am Ende des Schreibens einige Informationen über die Haftzeit zu geben. Es bleibt dabei für jede und jeden die Möglichkeit, durch eine eigene sachliche (!) Ergänzung Vorschläge zu machen und zum persönlichen Schicksal ausführlicher zu berichten. Wer sich dem nicht gewachsen sieht, sollte sich Hilfe beim Vorstand oder bei Verwandten holen und selbst auch Älteren seine Unterstützung anbieten. Sicherlich sind die Aussichten auch diesmal nicht sonderlich groß. Aber wir berufen uns weiterhin auf den alten Leitspruch: Wer aufgibt, hat schon längst verloren.

Und wir alle wünschen uns dafür Erfolg.

Bundesgeschäftsführer und Redakteur

„Als würde man ein zweites Mal lebenslänglich verfolgt“

DDR-Psychiatrie-Opfer Lothar Tiedtke von Koß mit Zweitauflage des Buches „Mundtot“

Die zweite Auflage der biografischen Schilderung "Mundtot" von Kamerad Lothar Tiedtke von Koß ist in diesem Jahr trotz erheblichen Widerstands aus den üblichen Reihen erschienen. Ziel war es, dieses Buch, das viele Wahrheiten enthält, zu verhindern. Diese Verfahrensweise ist kein Einzelfall, denn immer wieder werden Bücher zu Haftschilderungen oder über Zwangsaufenthalte in der Psychiatrie der DDR attackiert. Da die AutorInnen in der Regel psychisch zermürbt wurden, treffen sie solche Angriffe, Klagen und Vorwürfe doppelt hart. Für Psychiatrie-Opfer ist es besonders schwer, weil nach der Wiedervereinigung keine fundierte Rechtsprechung erfolgte und die Opfer vielfach im juristisch gesehenen luftleeren Raum für die Anerkennung des an ihnen begangenen Unrechts stehen. Eine Aufarbeitung wird dadurch schier unmöglich, und der seit dreißig Jahren andauernde Kampf um Gerechtigkeit wird immer schwerer.

Viele ehemalige politisch Verfolgte und Eingesperrte wurden nicht nur moralisch abserviert, sondern sie müssen sich auch mit einer geringen Opfer-Rente für das Leid, welches sie erfahren haben, abfinden.

Opfer die nicht rehabilitiert wurden, werden somit lebenslänglich verfolgt. Sie werden praktisch noch einmal bestraft und müssen sich gegen die Täter von einst wehren, da es keine ausreichende gesetzliche Handhabe gibt.

Die VOS beglückwünscht Kameraden von Koß, dass er trotz aller Hindernisse die zweite Auflage seines spannenden Buches veröffentlichen konnte. Nach wie vor ist sein Lese-Beitrag im Internet aufzufinden. Der Verband wünscht ihm Fortschritt und wird ihn weiterhin unterstützen. *Hugo Diederich*

Nächste Fg-Ausgabe: Siegmar Faust: Fortsetzung des Lebensberichtes +++ Sigurd Binsky alias Dr. Reese: Zwei Jahrzehnte Redakteur der Freiheitsglocke +++ Wolfgang Lehmann: Über die Todeslager der Sowjets.

Wir trauern um

Rudi Schnabel	**Bezirksgruppe Hamburg/Teneriffa**
Winfried Damman	**Bezirksgruppe Eisleben**
Hans-Jürgen Besch	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Klaus Rümmler	**Bezirksgruppe Freiberg**
Kurt Lotz	**Bezirksgruppe Berlin**
Winfried Streblow	**Bezirksgruppe Karlsruhe**
Bringfried Schneider	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Günter Jacobi	**Bezirksgruppe Suhl**
Klaus Noack	**Bezirksgruppe Dresden-Land**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Trauer um unseren Kameraden Klaus Rümmler

Ein persönlicher Abschiedsgruß

Am 25. Juni gegen 12 Uhr verstarb unser Kamerad Klaus Rümmler, mein langjähriger Freund, im Kreiskrankenhaus Freiberg auf der Palliativstation) Am Vortag, 24. Juni, hatte ich Klaus noch einmal im Krankenhaus besucht. Noch am 29. Mai feierten wir in kleiner Runde den 90. Geburtstag von Klaus. Ich war dann noch einmal bei Klaus zu Hause, im Gespräch mit ihm und seiner Frau. Es deutete sich hier schon ein Abschied an.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Brunhilde und der Familie. *K. Mantau*

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und Redakteur schließen sich den Beileidswünschen an.

Neue Adresse in Sachsen

Mitteilung vom Landesbeauftragten

Nach fast 20 Jahren auf dem Unteren Kreuzweg 1 zieht der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in ein neues Domizil. Ab dem 1. Juli 2020 finden Sie uns in der Devrientstraße 1, verkehrsgünstig gelegen zwischen Sächsischem Landtag und Semperoper.

Wie sehen Jugendliche das Land seit der Wiedervereinigung?

Mehr als eintausend Beiträge eingereicht

In nunmehr 30 Jahren der deutschen Einheit ist inzwischen eine Generation herangewachsen, die ein geteiltes Deutschland selbst nicht mehr erlebt hat. Was interessiert Jugendliche an dieser Zeit?

Gemeinsam lobten die Bundesstiftung Aufarbeitung und der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer den Wettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ aus. Er ermunterte Schülerinnen und Schüler aus allen Ecken Deutschlands, sich mit den Transformationserfahrungen nach der deutschen Einheit auseinanderzusetzen, die teilweise bis in die Gegenwart hineinwirken.

Insgesamt 1.278 Jugendliche aus 14 Bundesländern nahmen am Wettbewerb teil und reichten 180 Beiträge hierzu ein. Sie befragten ihre Eltern und ihr Umfeld zu ihren Erfahrungen und recherchierten in ihrer Region, wie sich der Umbruch ganz konkret bemerkbar machte.

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

VOS-Dank an Lutz Rathenow

Weitere Unterstützung für Verband und Fg

Die VOS dankt dem Landesbeauftragten Lutz Rathenow für eine weitere finanzielle Unterstützung im Jahr 2020, durch die unser Flaggschiff Freiheitsglocke gestärkt und besser ausgestattet für die Leserinnen und Leser erscheinen kann. Das Land Sachsen erhält dabei einen festen „Info-Stand“.

Bundesgeschäftsführer und Redakteur

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 815/ 816 erscheint Sept./Oktober 2020
Redaktionsschluss der FG 813/814 am 24. Juli 2020